



Landkreistag Rheinland Pfalz

Studie zum entwicklungspolitischen Engagement rheinland-pfälzischer Kommunen

März 2015

Autorinnen:

Vivien Führ, Carmen Schnaidt
agado Gesellschaft für nachhaltige Entwicklung

Impressum:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Ein Kooperationsvorhaben von:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Außenstelle Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Unterstützt durch:

Städtetag Rheinland-Pfalz
Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz
Landkreistag Rheinland-Pfalz

Dezember 2014

Im Auftrag des:



Die Unterlagen wurden für den papiersparenden beidseitigen Ausdruck vorgesehen. Aus diesem Grund sind zur deutlichen Trennung einzelner Bestandteile Leerseiten enthalten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird größtenteils auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Inhalt

1	Einleitung.....	5
2	Rahmenbedingungen des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements in Rheinland-Pfalz	7
2.1	Kommunales Engagement.....	7
2.1.1	Kommunale Partnerschaften	7
2.1.2	Millenniumkommunen	8
2.1.3	Fairtrade-Towns	9
2.1.4	Stadtkaffees und Stadtschokoladen	10
2.1.5	Kommunen aktiv gegen Kinderarbeit	10
2.1.6	Kooperationen rheinland-pfälzischer Kommunen mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	12
2.1.7	Lokale Agenda 21 Initiativen.....	13
2.2	Programme und Initiativen der Landesregierung	13
2.3	Projekte und Initiativen der Zivilgesellschaft	15
3	Ergebnisse der Befragungen kommunaler Akteure	18
3.1	Vorgehensweise und Inhalte der Befragungen	18
3.2	Auswertung der Befragungen	19
3.2.1	Kommunen mit entwicklungspolischem Engagement	20
3.2.2	Kommunen ohne entwicklungspolisches Engagement.....	30
4	Handlungsempfehlungen	34
4.1	Empfehlungen von Kommunen für Kommunen	34
4.1.1	Einbeziehung der Zivilgesellschaft	34
4.1.2	Politische Unterstützung.....	35
4.1.3	Klare Zuweisung der Verantwortlichkeiten	35
4.2	Empfehlungen für weitere Akteure der kommunalen Entwicklungspolitik.....	35
4.2.1	Durchführung eines Marktes der Möglichkeiten für (hauptsächlich) nicht aktive Kommunen zu Eine Welt-Themen	35
4.2.2	Organisation von thematischen Fachgesprächen.....	36

4.2.3	Individuelle Beratung im Sinne einer Prozessorientierung	36
4.2.4	Gewinnung von Bürgermeistern als Botschafter	36
4.2.5	Stärkere Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden.....	36
4.2.6	Weiterführung des Projektes Rheinland-Pfalz kauft nachhaltig ein.....	37
4.2.7	Organisation eines landesweiten runden Tisches zur nachhaltigen Beschaffung.....	37
4.2.8	Bildung von Einkaufsgemeinschaften	37
4.2.9	Bewerbung der Fairtrade-Town Bewegung.....	37
4.2.10	Unterstützung bei der Einbeziehung von Migranten in die Entwicklungszusammenarbeit	38
4.2.11	Verstärkte Kommunikation zu den Sustainable Development Goals.....	38
4.2.12	Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für kommunale Entwicklungspolitik.....	38
5	Quellenverzeichnis	39
6	Abkürzungsverzeichnis	40
7	Anhänge	41
7.1	Umfrage zum entwicklungspolitischen Engagement rheinland-pfälzischer Kommunen ...	42
7.2	Gesprächsleitfäden für Interviews mit ausgesuchten Kommunen	48
7.3	Liste der Millenniumkommunen in Rheinland-Pfalz	53

1 Einleitung

Hintergrund der Studie

Spätestens seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro und dem daraus resultierenden Beschluss zur Agenda 21 bekennen sich Städte und Gemeinden zu entwicklungspolitischen Aufgabenstellungen und übernehmen globale Verantwortung. In einer immer enger verflochtenen Welt sind Kommunen Knotenpunkte der Gesellschaft. Sie sind einerseits von globalen Entwicklungen betroffen, gestalten diese aber auch mit und haben vielfältige Möglichkeiten für entwicklungspolitische Aktivitäten. Kommunen engagieren sich in den Bereichen Partnerschaftsarbeit, Fairer Handel, Nachhaltige Beschaffung, Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und Bildungsarbeit.

Auch in Rheinland-Pfalz sind zahlreiche Kommunen aktiv in der Entwicklungspolitik. Neben kommunalen Partnerschaften, die hauptsächlich im Rahmen der seit 30 Jahren existierenden Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda entstanden sind und sicherlich einen Schwerpunkt der kommunalen Aktivitäten bilden, werden verschiedene Bereiche der kommunalen Entwicklungspolitik abgedeckt. Insbesondere zu nennen sind hier die sogenannten Millenniumkommunen, die sich für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 einsetzen und die Lebensbedingungen in Ländern des Globalen Südens verbessern wollen. Zudem gibt es zahlreiche Kommunen, die Maßnahmen im Bereich des Fairen Handels und der Nachhaltigen Beschaffung durchführen, bürgerschaftliches Engagement im entwicklungspolitischen Bereich unterstützen sowie entwicklungspolitische Bildungsarbeit leisten. Hierbei werden Initiativen und Projekte von größeren Städten bis hin zu kleinen Verbandsgemeinden und auch Landkreisen durchgeführt.

Kooperationspartner

Um die unterschiedlichen kommunalen Akteure zukünftig besser in ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten unterstützen und diese untereinander vernetzen zu können, gab die Engagement Global gGmbH (die Außenstelle Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland zusammen mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt) in enger Kooperation mit dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz eine Studie zum entwicklungspolitischen Engagement rheinland-pfälzischer Kommunen in Auftrag. Die Studie wird unterstützt durch den Städtetag Rheinland-Pfalz, den Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz und den Landkreistag Rheinland-Pfalz.

Ziele der Studie

Ziel der Studie ist es, einen Gesamtüberblick über die Akteure sowie die Themen und Handlungsfelder der kommunalen Eine Welt-Arbeit in Rheinland-Pfalz zu bekommen sowie Erkenntnisse über den zukünftigen Unterstützungs- und Vernetzungsbedarf der Städten und Gemeinden zu erhalten.

Methode

Neben einer Internetrecherche zum kommunalen Engagement in der Entwicklungspolitik wurde eine Abfrage mittels Fragebogen an alle rheinland-pfälzischen Kommunen und Landkreise versendet. In einem weiteren Schritt fanden 26 telefonische Interviews mit ausgewählten Kommunen statt, um detailliertere Informationen zu ihren spezifischen Aktivitäten zu erhalten. Zusätzlich wurden eine Reihe von Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft und kommunalen Spitzenverbänden zu ihrer Rolle in der kommunalen Entwicklungspolitik befragt.

Laut Definition des *die* (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik), werden „mit dem Begriff „kommunale Entwicklungspolitik“ [...] beide Seiten kommunaler Aktivitäten einbezogen, also sowohl die Inlandsarbeit als auch die Projektarbeit innerhalb der Beziehungen mit Kommunen in Entwicklungs- und Transformationsländern. Weiterhin wird „kommunal“ im engeren Sinn verstanden, es werden also nur die Aktivitäten der Kommune als Verwaltungseinheit betrachtet und nicht die entwicklungspolitischen Aktivitäten aller innerhalb einer Kommune ansässigen Akteure (Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Kirchen, Wirtschaftsunternehmen etc.)“¹. Kommunale Entwicklungspolitik lebt jedoch auch vom Engagement der zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort. Aus diesem Grund wird im Rahmen dieser Studie unter kommunaler Entwicklungspolitik auch zivilgesellschaftliches Engagement verstanden, soweit eine Kooperation mit der Kommune stattfindet bzw. die Initiative von der Kommune ausgeht.

Im Folgenden wird zunächst eine Zusammenfassung der Rahmenbedingungen des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements in Rheinland-Pfalz gegeben (Kapitel 2). Dies beinhaltet eine Übersicht zu den verschiedenen Bereichen kommunaler Aktivitäten sowie Informationen zu Programmen der Landesregierung und Initiativen der Zivilgesellschaft. Anschließend werden die Ergebnisse der Befragungen dargestellt (Kapitel 3) und Handlungsempfehlungen (Kapitel 4) für die Unterstützung der kommunalen Entwicklungspolitik gegeben.

¹ Fröhlich, K.; Lämmlin, B. (2009): Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland: Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise

2 Rahmenbedingungen des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements in Rheinland-Pfalz

2.1 Kommunales Engagement

2.1.1 Kommunale Partnerschaften

Rheinland-Pfalz verbindet vielfältige Beziehungen mit der Welt. Kommunen oder auch Schulen und Kindergärten, Vereine und Kirchengemeinden unterhalten Partnerschaften in vielen Regionen. Eine besondere Stellung nimmt dabei die Landespartnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda ein, im Rahmen derer vonseiten der verschiedenen Akteure zahlreiche Kontakte nach Ruanda geknüpft und Städte- und Schulpartnerschaften initiiert wurden. Die Partnerschaftsarbeit in den Kommunen findet hauptsächlich in Form finanzieller Unterstützung zum Bau von Schulen und Ausbildungsstätten in ruandischen Gemeinden statt.

Laut Liste des Referats „Entwicklungszusammenarbeit mit dem Partnerland Ruanda“ des rheinland-pfälzischen Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur bestehen aktuell 49 kommunale Partnerschaften mit Ruanda, zehn davon werden allerdings nicht aktiv gelebt. Die Datenbank des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)² verzeichnet zusätzlich zwei Partnerschaften mit Lateinamerika (beide mit brasilianischen Kommunen), sowie vier Partnerschaften in Asien (zwei in China und zwei in Aserbaidschan, weitere 16 Partnerschaften bestehen mit Kommunen in Asien, die nicht auf der DAC³ Länderliste stehen). Zudem konnten durch die im Rahmen der Studie durchgeführten Befragungen zwei weitere kommunale Partnerschaften mit Kommunen aus anderen afrikanischen Ländern identifiziert werden.

Insgesamt wurden somit 47 aktive Nord-Süd Partnerschaften in Rheinland Pfalz benannt. Neben diesen offiziellen Städte- oder Projektpartnerschaften gibt es jedoch in vielen Kommunen zahlreiche weitere partnerschaftliche Aktivitäten, die durch zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort, wie beispielsweise Vereine, kirchliche Organisationen sowie Schulen und Kindergärten, durchgeführt werden. Obwohl es sich hier nicht um kommunale Partnerschaften im eigentlichen Sinn handelt, werden die Aktivitäten zum größten Teil in enger Kooperation mit den Kommunen durchgeführt und von diesen unterstützt. Insbesondere die intensiven Kontakte zwischen rheinland-pfälzischen und ruandischen Schulen sind ein wichtiger Pfeiler der Partnerschaft.

² <http://www.rgre.de/partnerschaften0.html>

³ Development Assistance Committee (Ausschuss für Entwicklungshilfe)

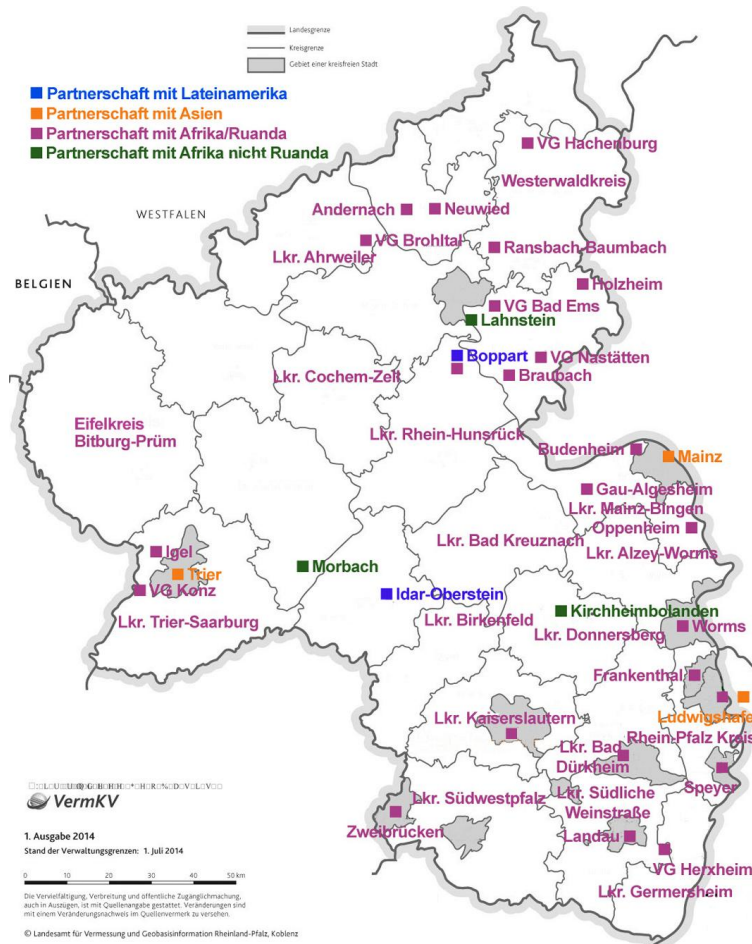


Abbildung 1: Kommunale Nord-Süd Partnerschaften in Rheinland-Pfalz (Stand November 2014)

2.1.2 Millenniumkommunen

Die Millenniumserklärung wurde Anfang des Jahrhunderts von der UN verabschiedet. Ziel dieser Millenniumserklärung war u.a. die Halbierung der weltweiten Armut bis zum Jahr 2015.

Obwohl sich die Verpflichtungen aus der Millenniumserklärung vor allem an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen richten, hat das Thema eine kommunale Dimension. Kommunen spielen eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Millenniumserklärung. In Deutschland empfehlen der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund ihren Mitgliedskommunen und Landesverbänden, sich verstärkt für die Verwirklichung der Millenniums-entwicklungsziele zu engagieren. Als Grundlage für ein solches kommunales Engagement hatten die kommunalen Spitzenverbände eine eigene Millenniumserklärung der Kommunen mit konkreten Handlungsempfehlungen erarbeitet. Gemeinsam mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützte die deutsche UN-Millenniumskampagne Städte und Gemeinden in ihrem Engagement für die UN-Millenniumziele. Die UN-Millenniumskampagne startete im Jahr 2005 mit einer Städtetour durch Deutschland und brachte die acht UN-Millenniumstore auf 22 Marktplätze – über 250.000 Besucher lernten hierbei, was diese Ziele mit ihrem Alltag zu tun haben und wurden

durch Mitmach-Aktionen zum gemeinsamen Engagement für eine gerechtere Welt ohne Hunger und Armut aufgerufen. Zudem fand eine Fachkonferenz der SKEW zum Thema "UN-Millenniums-Entwicklungsziele - Kommunale Praxisbeispiele im Dialog" in Bonn statt, bei der die Rolle der deutschen Kommunen bei der Erreichung der Millenniumsziele im Mittelpunkt stand. Im Jahr 2007 wurde unter Federführung des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur eine Millennium-Kampagne in Rheinland-Pfalz durchgeführt. Daraufhin haben 61 rheinland-pfälzische Kommunen die Millenniumserklärung der Kommunen unterzeichnet. Eine Liste der Millenniumskommunen befindet sich in Anhang 7.3.

2.1.3 Fairtrade-Towns

"Fairtrade-Towns" ist in Deutschland eine vom Verein TransFair getragene Kampagne mit dem Ziel, unterschiedliche Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Handel zusammenzubringen und gemeinsam den Fairen Handel in der Kommune zu fördern.

Kommunen können sich als Fairtrade-Town auszeichnen lassen. Dazu müssen sie fünf Kriterien erfüllen: ein Ratsbeschluss zur Unterstützung des Fairen Handels, die Bildung einer Steuerungsgruppe, ein Angebot von Fairtrade-Produkten in einer gewissen Anzahl von Einzelhandelsgeschäften, Cafés und Restaurants, der Einsatz von Fairtrade-Produkten in Schulen, Vereinen und Kirchen inklusive entsprechender Bildungsaktivitäten, sowie Medienberichterstattung.

In Rheinland-Pfalz wurden bisher 16 Kommunen als Fairtrade-Towns ausgezeichnet. Weitere 8 sind auf dem Weg zu Fairtrade-Town und haben bereits erste Schritte in dieser Richtung unternommen.⁴

⁴ Quelle: <http://www.fairtrade-towns.de/>

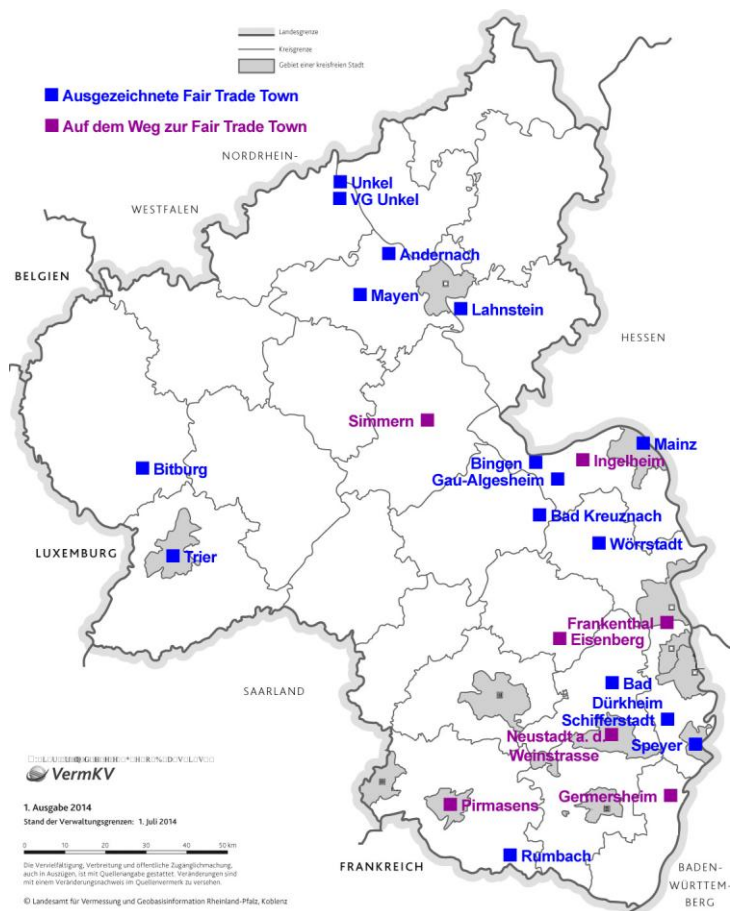


Abbildung 2: Fairtrade-Towns in Rheinland-Pfalz (Stand November 2014)

2.1.4 Stadtkaffees und Stadtschokoladen

Eine gute Gelegenheit, den Fairen Handel auf kommunaler Ebene zu fördern und das Engagement der eigenen Kommune zu präsentieren sind eigene Städtekaffees und -schokoladen. In Rheinland-Pfalz haben zurzeit 18 Kommunen einen eigenen Stadtkaffee aus Fairem Handel. Diese sind Bingen, Ingelheim, Trier, Idar-Oberstein, Zweibrücken, Kaiserslautern, Rodalben, Landau, Speyer, Mutterstadt, Bad Dürkheim, Grünstadt, Worms, Ludwigshafen, Frankenthal, Westerwald, Altenkirchen und Neuwied.⁵

Zusätzlich haben fünf Kommunen eine faire Stadtschokolade: Bad Kreuznach, Landau in der Pfalz, Mainz, Speyer und Trier.

2.1.5 Kommunen aktiv gegen Kinderarbeit

Bundesweit setzen immer mehr Kommunen ein Zeichen und fassen Beschlüsse zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit bei öffentlichen Beschaffungsvorgängen.

⁵ Quelle: http://www.service-eine-welt.de/beschaffungswesen/beschaffungswesen-deutschlandkarte_staedtekaffees.html

Im Jahr 2009 beschloss auch der rheinland-pfälzische Landtag die Vermeidung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen. Angeregt wurde dieser Beschluss durch das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk ELAN e.V. Neben der Landesregierung und den landeseigenen Unternehmen und Gesellschaften spricht der Beschluss auch Kommunen an und ermutigt diese, nur noch Produkte zu erwerben, die nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden oder deren Hersteller und Verkäufer aktive zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der Kinderarbeit eingeleitet haben.

In Rheinland-Pfalz gibt es zurzeit 13 Kommunen, die einen Ratsbeschluss gegen den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen gefasst haben.⁶ Zusätzlich haben sich zwei Kommunen anderweitig gegen ausbeuterische Kinderarbeit ausgesprochen. Darüber hinaus hat die Stadt Neustadt an der Weinstraße einen Beschluss zur Einhaltung aller ILO⁷ Kernarbeitsnormen im Bereich der öffentlichen Beschaffung gefasst.

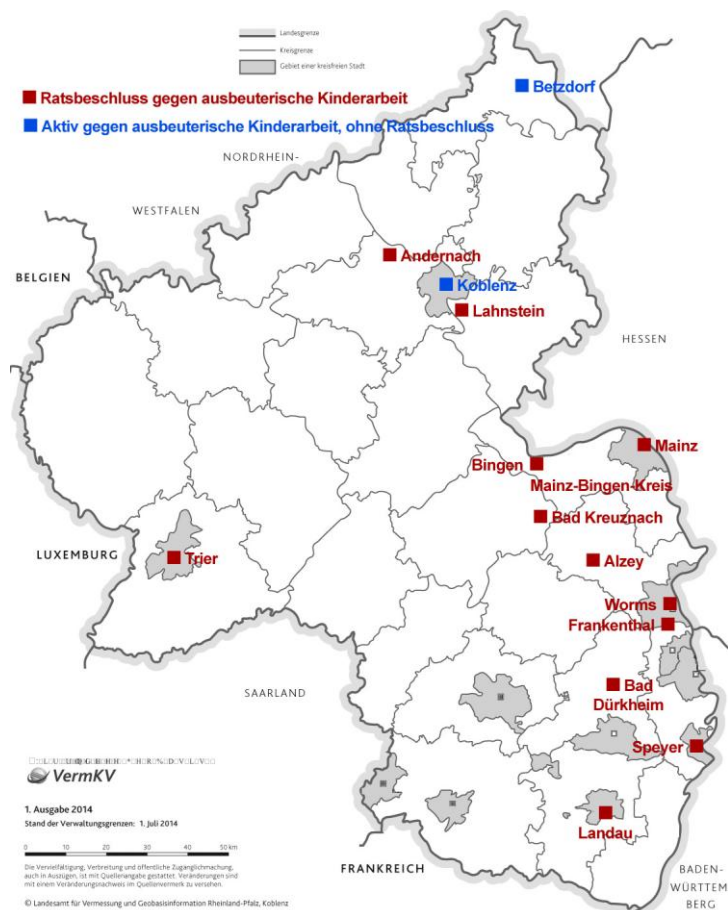


Abbildung 3: Kommunale Beschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit in Rheinland-Pfalz (Stand November 2014)

⁶ Quelle: <https://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/deutschland/bundeslaender/rheinland-pfalz/>

⁷ International Labour Organisation (Internationale Arbeitsorganisation)

2.1.6 Kooperationen rheinland-pfälzischer Kommunen mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der Engagement Global gGmbH steht als Service- und Beratungseinrichtung für kommunale Entwicklungspolitik bundesweit Kommunen zur Verfügung. Über verschiedene Programme werden kommunale Akteure in ihrem entwicklungsbezogenem Engagement unterstützt. Dies beinhaltet Qualifizierungs-, Vernetzungs-, Informations- und Beratungsangebote sowie finanzielle und personelle Unterstützung für kommunale Partnerschaften.

Eine Reihe von Kommunen profitieren bisher von den Unterstützungsmöglichkeiten, die die SKEW bietet. Sieben rheinland-pfälzische Kommunen haben an dem Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels teilgenommen, an der von der SKEW organisierten Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen die im Jahr 2012 in Mainz stattfand, nahmen vier Kommunen teil.

Die SKEW rief vor einigen Jahren das Netzwerk Faires Beschaffungswesen ins Leben, hier partizipieren zurzeit drei Kommunen aus Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus gibt es weitere Projekte an denen sich vereinzelt rheinland-pfälzische Kommunen beteiligen, wie zum Beispiel das Projekt „Rheinland-Pfalz kauft nachhaltig ein“, siehe Kapitel 2.2. Am in 2014 erstmalig durchgeführten Wettbewerb „Kommune bewegt Welt - Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung“ haben drei Kommunen aus Rheinland-Pfalz teilgenommen. Im bundesweiten Netzwerk Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene ist eine Stadt engagiert.

Unter bundesweiter Beteiligung fand zudem in Lahnstein ein Runder Tisch deutscher Kommunen mit Partnerschaftsbeziehungen zu Burkina Faso statt. Eingeladen hatte die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) gemeinsam mit der Stadt Lahnstein und dem Partnerschaftsverein Lahnstein – Vence – Ouahigouya. Unter den über 40 Tagungsteilnehmern befanden sich sowohl Vertreter der Stadtverwaltungen wie auch der jeweiligen Partnerschaftsvereine aus der Reihe der ca. 25 deutsch-burkinischen Partnerstädte. Hinzu kam als Ehrengast und Referent der Gesandte der Botschaft von Burkina Faso.

Mit bundesweiten Konferenzen bietet die SKEW engagierten Kommunen ein einzigartiges Format für die internationale Vernetzung und den Ausbau ihrer Partnerschaften mit dem Globalen Süden. Die Konferenzen richten sich an Vertreterinnen und Vertreter deutscher Kommunen aus den Fachbereichen Internationales, Städtepartnerschaften, Lokale Agenda 21 sowie an Partnerschaftsvereine, entwicklungspolitisch aktive Migrant*innenorganisationen und Eine-Welt-Vereine. Die kommunale Partnerschaftskonferenz mit Afrika in 2014 bot den Teilnehmenden aus Rheinland-Pfalz vielseitige Informationen und Vernetzungsmöglichkeiten rund um das Thema kommunale Partnerschaften.

2.1.7 Lokale Agenda 21 Initiativen

In Rheinland-Pfalz engagieren sich zahlreiche Kommunen seit vielen Jahren in der Lokalen Agenda 21-Bewegung. Vor circa 15 Jahren startete ein Informations- und Unterstützungsprojekt zur Lokalen Agenda, finanziert durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten. Kommunen in Rheinland-Pfalz konnten sich zunächst vom Europasekretariat des internationalen Städtenetzwerks ICLEI – Local Governments for Sustainability zur Lokalen Agenda informieren und sich später auch bei der Verabschiedung und Umsetzung der Agenda unterstützen lassen. Dieses Angebot nahmen zahlreiche Kommunen in Anspruch.

Mit dem Nachfolgeprojekt "Projekt21" wurde eine Methode entwickelt, um auch in kleineren Städten und Gemeinden ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement einzuführen. Dabei werden sowohl ökologische als auch soziale Themen betrachtet, entwicklungspolitische Aspekte werden jedoch nicht explizit behandelt. Entwickelt wurde dieses Projekt ebenfalls von ICLEI, in Zusammenarbeit mit acht rheinland-pfälzischen Pilotkommunen (Ortsgemeinde Göllheim, Verbandsgemeinde Hauenstein, Verbandsgemeinde Kandel, Stadt Koblenz, Verbandsgemeinde Neuerburg, Stadt Osthofen, Verbandsgemeinde Wörrstadt, Stadt Zweibrücken).⁸

Seit dem Jahr 2012 liegt die Zuständigkeit für die Lokale Agenda beim Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz. Es besteht weiterhin die Möglichkeit für Kommunen, Beratungsleistung von ICLEI in Anspruch zu nehmen, eine aktuelle Übersicht über Lokale Agenda Aktivitäten in Rheinland-Pfalz steht jedoch zurzeit nicht zur Verfügung.

2.2 Programme und Initiativen der Landesregierung

In Rheinland-Pfalz ist die Entwicklungspolitik dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur zugeordnet. Ziel der rheinland-pfälzischen Entwicklungspolitik ist es, dazu beizutragen, weltweit Armut zu bekämpfen, die Globalisierung gerechter zu gestalten, die Umwelt zu schützen, Frieden zu sichern und Demokratie zu verwirklichen. Regionaler Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit des Landes ist das afrikanische Land Ruanda.

Im Februar 2010 verabschiedet die Landesregierung entwicklungspolitische Leitlinien⁹. Diese beschreiben die Grundsätze der rheinland-pfälzischen Entwicklungspolitik und sollen diese politisch verstetigen und mit den entwicklungspolitisch engagierten Organisationen und Initiativen im Lande verzahnen.

⁸ Siehe: <http://www.nachhaltigkeit-kommunal.eu/ressourcenzentrum/nachhaltigkeitsmanagement-projekt-21-und-champ/>

⁹ Siehe:

http://www.rlp.de/fileadmin/ism/downloads/internationale_zusammenarbeit/Entwicklungspolitische_Leitlinien_RLP.pdf

Die Landesregierung fördert entwicklungspolitisch engagierte Kräfte im Land und kooperiert mit den verschiedenen Akteuren und Initiativen. So unterstützt sie das entwicklungspolitische Engagement von in Rheinland-Pfalz ansässigen Nichtregierungsorganisationen, Kommunen oder kirchlichen Einrichtungen mit einem eigenen Förderprogramm. Gefördert werden Projekte und Programme zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Rheinland-Pfalz (Inlandsprojekte) sowie Projekte in Entwicklungsländern (Auslandsprojekte).

Im Rahmen der Inlandsarbeit werden Maßnahmen und Aktivitäten gefördert, die zur kritischen Auseinandersetzung von entwicklungspolitisch relevanten Themen anregen und zu eigenem Handeln motivieren. Die Förderung von Auslandsprojekten unterstützt Akteure, die in Kooperation mit Partnerorganisationen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort durchführen.

Landespartnerschaft Ruanda- Rheinland Pfalz

Die Landespartnerschaft Ruanda – Rheinland Pfalz besteht seit 1982. Ein wichtiger Bestandteil der Partnerschaft waren von Anfang an die Beziehungen zwischen rheinland-pfälzischen und ruandischen Kommunen. Neben den bereits erwähnten 49 Kommunen mit Städtepartnerschaften in Ruanda unterhalten über 50 Vereine, Stiftungen und Organisationen, sowie 15 Pfarreien und vier Hochschulen Beziehungen zu ruandischen Partnern.¹⁰

Dabei werden Projekte in verschiedenen Bereichen umgesetzt. Schwerpunkte der Partnerschaft sind Bildung (Unterstützung von Schulbau, berufliche Bildung), Gesundheit, Frauenförderung sowie teilweise Infrastrukturprojekte (Wasserversorgung). Neu hinzugekommen sind die Themen Inklusion und Kultur.

Trotz dieser Schwerpunkte richten sich die Projekte vor allem nach dem Bedarf der Partner in Ruanda. Seit Bestehen der Partnerschaft wurden weit über tausend Kleinprojekte realisiert, die der Hilfe zur Selbsthilfe dienen und wichtige Impulse für die Entwicklung in ruandischen Gemeinden gegeben haben. Auch in Rheinland-Pfalz zeigt die Partnerschaft ihre Wirkung. Viele Menschen wurden für entwicklungspolitische Fragen sensibilisiert und zu Engagement motiviert. Wie an der lebhaften Teilnahme verschiedenster Akteure zu sehen ist, hat diese Form der bürgernahen und grundbedürfnisorientierten Entwicklungszusammenarbeit breite Zustimmung in der Bevölkerung gefunden.

Die Partnerschaftsaktivitäten werden durch das Referat 'Entwicklungszusammenarbeit mit dem Partnerland Ruanda' im rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern und für Sport in Zusammenarbeit mit dem Verein 'Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda'¹¹ und dem Koordinationsbüro in Kigali betreut.

Zu den Aufgaben des Partnerschaftsvereins gehört dabei die Auszahlung der finanziellen Hilfen in Ruanda, die Überwachung der Projektplanung, Projektdurchführung und Projektabrechnung und

¹⁰ Quellen: <http://isim.rlp.de/internationale-zusammenarbeit/partnerschaft-mit-ruanda/>

¹¹ <http://www.rlp-ruanda.de/>

die Beantragung von Zuschüssen aus Landesmitteln. Das Koordinationsbüro in Kigali ist Anlaufstelle für die ruandischen Partner und steht den rheinland-pfälzischen Partnern für Hilfe und Auskunft zur Verfügung. Kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren kommt hier direkte Unterstützung bei der Kommunikation und der Abwicklung von Projekten zu, die von den Akteuren sehr geschätzt wird.

Rheinland-Pfalz kauft nachhaltig ein

Bis Ende 2014 führte die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH, das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur sowie das entwicklungspolitische Netzwerk ELAN e.V. Fachschulungen zur nachhaltigen Beschaffung in Kommunen durch. Das Projekt „Rheinland-Pfalz kauft nachhaltig ein!“ richtet sich an Beschaffende aus den Stadt-, Verbandsgemeinde- und Kreisverwaltungen.

Im Rahmen der Schulungen werden rechtliche und politische Rahmenbedingungen der nachhaltigen Beschaffung, Relevanz von Sozial- und Umweltstandards, Wirtschaftlichkeit der nachhaltigen Beschaffung, Bedeutung und Nutzung von Sozial- und Umweltzeichen, Entwicklung sozialer und ökologischer Kriterien für ausgewählte Produktgruppen und Umsetzung in der kommunalen Praxis behandelt. Ziel der Schulungen ist es, den kommunalen Beschaffern Wissen und Kompetenz zu vermitteln, um zukünftig soziale und ökologische Aspekte in öffentliche Vergabeverfahren einzu beziehen. In den Jahren 2013 und 2014 wurden neun Schulungen mit insgesamt über 150 Teilnehmenden in Rheinland-Pfalz durchgeführt.

Landesweiter Wettbewerb „Eine Welt – meine Welt“

Das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz lobt im Jahr 2015 den landesweiten Wettbewerb „Eine Welt – meine Welt“ aus, der sich an rheinland-pfälzische Kommunen richtet. Ausgezeichnet werden von Kommunen durchgeführte, herausragende und beispielgebende Projekte und Aktivitäten im entwicklungspolitischen Bereich, die den Gedanken der Einen Welt innovativ und kreativ umgesetzt haben. Die Preise werden in einer Feierstunde vom Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur verliehen.

2.3 Projekte und Initiativen der Zivilgesellschaft

Neben den Programmen der Landesregierung gibt es verschiedene Projekte und Initiativen der Zivilgesellschaft, die sich an Kommunen richten und diese bei ihrem entwicklungspolitischen Engagement unterstützen.

Das zivilgesellschaftliche Engagement in Rheinland-Pfalz ist vielschichtig. Eine Vielzahl von Organisationen ist im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig und arbeitet an verschiedenen Themen. Dazu gehören unter anderem die Partnerschaftsarbeit, Sozial- und Umweltstandards auf globaler Ebene, Fairer Handel, Migration, Menschenrechte und Korruption. So vielfältig wie die Themen sind auch die Organisationen, die an diesen Themen arbeiten. Diese umfassen Vereine

und Initiativen, Bildungseinrichtungen, Stiftungen, Netzwerke, Jugendverbände, kirchliche Organisationen, Weltläden und Entsendedienste.

Viele der entwicklungspolitisch engagierten Organisationen sind im 2001 gegründeten Entwicklungspolitischen Landesnetzwerk ELAN e.V. zusammengefasst. Ziel des Netzwerkes ist es, einen Beitrag zur Armutsminderung, Verwirklichung der Menschenrechte und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Stärkung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und die Vernetzung der Gruppen und Initiativen zu leisten. Insgesamt sind ca. 400 Gruppen im Netzwerk organisiert.¹²

Im Folgenden können nur Beispiele für zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik gegeben werden. Weitere entwicklungspolitische Akteure und Projekte sind im Internet-Portal „Entwicklungspolitik in Rheinland-Pfalz“ verzeichnet. Das Portal ist eine Initiative der rheinland-pfälzischen Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem entwicklungspolitischen Landesnetzwerk ELAN e.V. Eine Datenbank¹³ verzeichnet rund 90 Akteure.

Sozial- und Umweltstandards in der Beschaffung

Zum Thema „Nachhaltige Beschaffung“ führt das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk ELAN e.V. einen intensiven Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Städten und Kommunen. Verschiedene Bildungsangebote sind auf die unterschiedlichen Zielgruppen abgestimmt.

So setzen sich beispielsweise Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Jugend-Projekts **„Ein Blick hinter die Kulissen: Wie fair beschaffen die Akteure unserer Stadt?“** mit dem eigenen Konsum auseinander und fragen politische Vertreter vor Ort nach deren kommunaler Einkaufspraxis.

Der **„Kompaktkurs Öko-Soziale Beschaffung“** bietet zivilgesellschaftlichen Akteuren (Weltläden, Eine-Welt-Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften und Umweltverbände) Schulungen in diesem Bereich an. Neben Grundlagen der öko-sozialen Beschaffung werden auch spezifische Informationen zu unterschiedlichen Produktgruppen vermittelt.

Die „Rheinische Affaire“

Die Rheinische Affaire ist eine Kampagne für fair gehandelten Kaffee im Rahmen der lokalen Agenda 21. Verschiedene Akteure aus Stadtverwaltungen, Vereinen, Weltläden, ELAN e.V. und dem Eine Welt Netz Nordrhein-Westfalen setzen sich für die Einführung fair gehandelter Städtekaffees entlang des Rheins ein. Ziel ist es hierbei, mehr Marktanteil für fair gehandelten Kaffee im Rheinland zu erreichen und Lokale Agenda 21 Initiativen zu unterstützen. Die Kampagne startete 2002 in Nordrhein-Westfalen und wurde dann auf Rheinland-Pfalz ausgeweitet. Inzwischen gibt es die Städte- und Regionalkaffees Worms-, Horchheim-, Rhein-Hunsrück-, Mittelrhein-, Neuwied- und Westerwald Café, den BIN Fair-, Kastellaun- und Mosel Kaffee und den Café Palatino.

¹² Eine Liste der Mitglieder des Entwicklungspolitischen Landesnetzwerk ELAN e.V. findet sich unter <http://www.elan-rlp.de/mitglieder.19.0.html>

¹³ Siehe: <http://einewelt.rlp.de/nc/akteure-projekte>

<http://www.die-rheinische-affaire.de/>

3 Ergebnisse der Befragungen kommunaler Akteure

3.1 Vorgehensweise und Inhalte der Befragungen

Um eine über die Internetrecherchen hinausgehende Bestandsaufnahme zum entwicklungspolitischen Engagement rheinland-pfälzischer Kommunen zu erhalten, wurde eine Umfrage mittels Fragebogen konzipiert (siehe Anhang 7.1).

Aus den eingegangenen Fragebögen wurde eine Anzahl von Kommunen ausgewählt, mit denen ein telefonisches Interview geführt wurde. Dies hatte das Ziel, noch detailliertere Informationen über Herausforderungen und Erfolgsfaktoren der Kommunen in der Entwicklungspolitik zu erhalten. Zudem wurden Interviews mit verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft und den kommunalen Spitzenverbänden in Rheinland-Pfalz geführt.¹⁴

Die **Umfrage per Fragebogen** ging an alle Landkreise (24), kreisfreien Städte (12), Verbandfreie Gemeinden (36) und Verbandsgemeinden (163). Insgesamt wurden somit 235 kommunale Gebietskörperschaften angeschrieben. Von den 235 angeschriebenen beteiligten sich 97 Kommunen an der Umfrage, was einer Rücklaufquote von 41% entspricht.

Zu Beginn des Fragebogens wurden die Ausfüllenden gebeten, anzugeben, ob sich ihre Kommune in der Entwicklungspolitik engagiert. Hierbei wurden beispielhaft Bereiche kommunaler Entwicklungspolitik genannt, um die Einschätzung zu erleichtern. Entwicklungspolitisch inaktive Kommunen wurden dann nach den Gründen für ihr Nicht-Engagement gefragt, sowie nach ihrem Unterstützungsbedarf.

Für entwicklungspolitisch aktive Kommunen wurden zunächst die Bereiche abgefragt, in denen die Kommune aktiv ist. Es folgten Fragen zur politischen Verankerung des Engagements sowie zu Zuständigkeiten in der Kommune. Anschließend wurden die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie die Vernetzung im Bereich kommunaler Entwicklungspolitik abgefragt. Die letzten beiden Fragen bezogen sich auf Herausforderungen bei der Umsetzung von entwicklungspolitischen Aktivitäten und auf den Unterstützungsbedarf der aktiven Kommunen.

Nach Auswertung der Fragebögen wurden 31 Kommunen für ein 30 minütiges **telefonisches Interview** ausgewählt, wobei alle Arten der kommunalen Gebietskörperschaften abgedeckt wurden. Es wurden sowohl entwicklungspolitisch aktive als auch inaktive Kommunen befragt. Bei der Auswahl wurde darauf geachtet, dass Kommunen mit unterschiedlichen Aktivitäten und verschiedenem Unterstützungsbedarf befragt wurden. Es wurden zwei verschiedene Interviewleitfäden entwickelt (einen für aktive und einen für inaktive Kommunen), die den Interviewpartnern zur Vorbereitung

¹⁴ Befragt wurden Repräsentanten von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Partnerschaftsarbeit, der Städte- und Gemeindebund Rheinland-Pfalz, der Städtetag Rheinland-Pfalz sowie Zuständige für die Landespartnerschaft Ruanda-Rheinland-Pfalz von Seiten des Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur.

zugewandt wurden (siehe Anhang 7.2). Inhaltlich wurden dabei in der Hauptsache ausgewählte Fragen aus dem Fragebogen aufgegriffen und vertieft.

Es fanden 26 Interviews mit entwicklungspolitisch aktiven Kommunen statt. Diese wurden gebeten, nähere Informationen über ihre Aktivitäten in den verschiedenen entwicklungspolitischen Bereichen sowie über die praktische Umsetzung politischer Entschlüsse zu geben. Weitere Punkte waren die Zuständigkeit für Entwicklungspolitik, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, Unterstützungsbedarf, Kenntnisse zu den Sustainable Development Goals sowie durch das entwicklungspolitische Engagement der Kommune ausgelöste Impulse. Zuletzt wurde das Interesse an einer Veranstaltung zum kommunalen entwicklungspolitischen Engagement abgefragt.

Zusätzlich wurden fünf entwicklungspolitisch inaktive Kommunen interviewt. Dabei wurden die tiefer gehenden Gründe für das Nicht-Engagement, konkrete Vorstellungen zu gewünschter Unterstützung, Spielraum für Eigeninitiative, vorhandene Kenntnisse zum zivilgesellschaftlichen Engagement vor Ort sowie Interesse an einer Veranstaltung zum kommunalen entwicklungspolitischen Engagement abgefragt.

Die Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft und den kommunalen Spitzenverbänden hatten das Ziel, Informationen über den Beitrag dieser Akteure zur kommunalen Entwicklungspolitik zu erhalten.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Umfrage und der Interviews thematisch zusammengefasst wiedergegeben.

3.2 Auswertung der Befragungen

Unter den 97 Kommunen, die einen Fragebogen eingesandt haben, befinden sich 13 Landkreise, neun kreisfreie Städte, 13 verbandsfreie Gemeinden sowie 62 Verbandsgemeinden. Davon engagieren sich insgesamt 56 Kommunen in der Entwicklungspolitik. 41 geben an, keine entwicklungspolitischen Aktivitäten zu betreiben.

Während bei den kreisfreien Städten und verbandsfreien Gemeinden deutlich mehr Antworten von entwicklungspolitisch aktiven Kommunen eingegangen sind, überwiegen bei den Verbandsgemeinden diejenigen ohne entwicklungspolitisches Engagement leicht. Von den teilnehmenden Landkreisen ist die große Mehrheit entwicklungspolitisch aktiv. Insgesamt gibt es in Rheinland-Pfalz 24 Landkreise, von denen sich über ein Drittel in der Entwicklungspolitik engagiert.

	Entwicklungspolitisch aktiv	Entwicklungspolitisch passiv	Rücklauf gesamt	Anzahl Kommunen RLP gesamt
Landkreis	9	4	13	24
Kreisfreie Stadt	8	1	9	12

Verbandsfreie Gemeinde	11	2	13	36
Verbandsgemeinde	28	34	62	163
Gesamt	56	41	97	236

Tabelle 1: Übersicht über Rücklauf der Fragebögen

Bei der nachfolgenden Auswertung der Befragungen ist zu beachten, dass bei der Mehrzahl der Fragen Mehrfachnennungen möglich waren.

3.2.1 Kommunen mit entwicklungspolitischem Engagement

Engagement in entwicklungspolitischen Bereichen

Ein Großteil der Kommunen engagiert sich für den Fairen Handel, gefolgt von Maßnahmen im Bereich der nachhaltigen Beschaffung. Ein weiteres großes Betätigungsfeld ist die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der Kommune, sowie die Unterstützung des lokalen bürgerschaftlichen Engagements. Auch Städtepartnerschaften bzw. Projektpartnerschaften nehmen einen wichtigen Teil des Engagements ein.

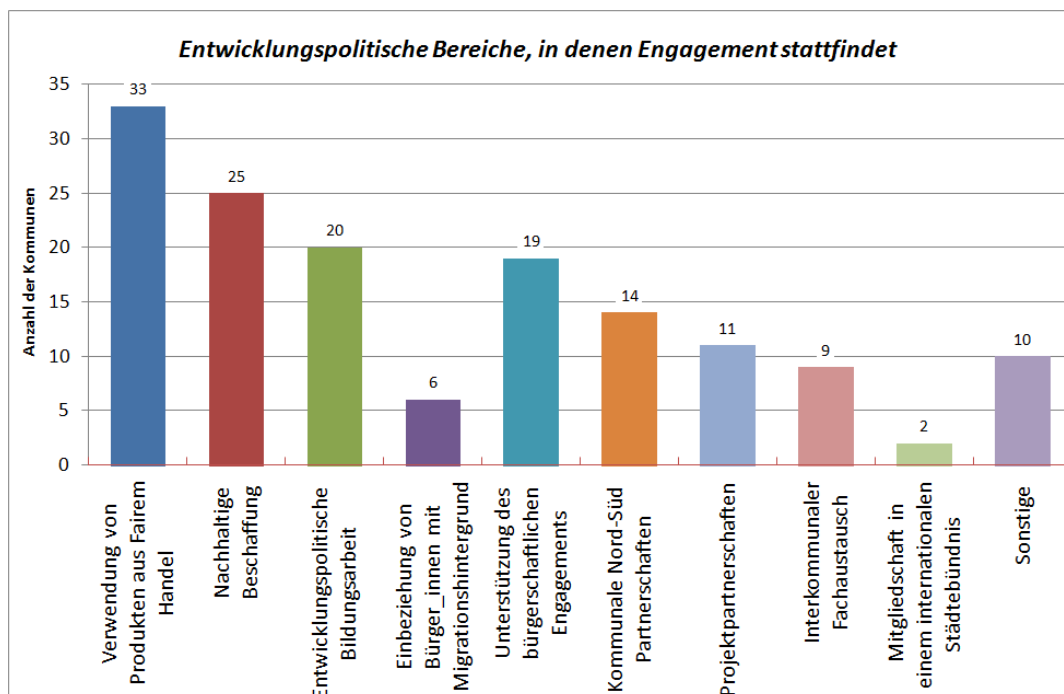


Abbildung 1: Entwicklungspolitische Bereiche, in denen rheinland-pfälzische Kommunen engagiert sind (in absoluten Zahlen). Quelle: eigene Erhebung.

Fairer Handel

Produkte aus dem Fairen Handel werden hauptsächlich in Rathaus und Verwaltung eingesetzt, vereinzelt auch in Schulen und Kindergärten. Hier geht es vor allem um fair gehandelten Kaffee, Tee und Säfte, vereinzelt auch Kekse und Zucker.

In einigen der interviewten Kommunen gibt es faire Geschenkkörbe bzw. repräsentative Geschenke für Geburtstage und Jubiläen. Auch Blumen werden zum Teil aus Fairem Handel beschafft.

Im Rahmen der Fairtrade -Town Bewegung wurde im November 2013 in Mainz und im Juni 2014 in Bad Kreuznach ein Netzwerktreffen für bereits ausgezeichnete oder angehende Fairtrade-Städte und entsprechende Vereine organisiert. Es waren jeweils rund 40 Repräsentanten aus Kommunen und Vereinen anwesend.

Praxisbeispiel:

Die Verbandsgemeinde Katzenelnbogen bietet „faire Verkostungen“ für Catering Dienstleister an, die die lokalen Schulen und Kindergärten versorgen. Hier werden die Verantwortlichen über den Fairen Handel informiert und sensibilisiert. Dabei wird gemeinsam geschaut, wo Produkte aus dem Fairen Handel, aber auch aus regionaler Produktion eingesetzt werden können.

Die Stadt Lahnstein stellte für ein Kinderferienlager faire Fußbälle aus dem Weltladen zur Verfügung. Anlässlich des Millenniumscups, der in Zusammenarbeit mit der Stadt Lahnstein und dem Ministerium des Innern für Sport und Infrastruktur im Juli 2014 durchgeführt wurde, gab es für jede teilnehmende Schulklasse einen fair gehandelten Ball.

Nachhaltige Beschaffung

Nachhaltig beschafft werden vor allem Kaffee und Papier, vereinzelt auch weitere Büromaterialien.

Praxisbeispiel:

In der Gemeinde Morbach werden bei der Beschaffung von Kaffee und Natursteine Nachhaltigkeitskriterien in die Ausschreibungsunterlagen integriert. Insbesondere bei den Natursteinen war es dabei eine große Herausforderung für die Kommune, an Informationen zu kommen die es erlaubten, die Ausschreibungsunterlagen zielführend zu erstellen. Aus diesem Grund wurde eine interne Handlungsanleitung erstellt, in der alle Informationen zusammengeführt und konkrete Angaben zur Vorgehensweise bei der Beschaffung gemacht wurden.

Bildungsarbeit

Im Bereich der Bildungsarbeit werden in erster Linie Ausstellungen, Vorträge und Infoveranstaltungen zu den Themen Fairer Handel und Millenniumszielen organisiert, vereinzelt auch zum Thema nachhaltige Beschaffung. In Kommunen, in denen es eine Fairtrade-Town Steuerungsgruppe gibt, werden entsprechende Aktivitäten oft von dieser Gruppe initiiert und durchgeführt. Zudem bestehen in vielen Kommunen Kooperationen mit den Volkshochschulen vor Ort.

Praxisbeispiel:

In Speyer finden im Rahmen der Fair Trade Kampagne verschiedene öffentliche Veranstaltungen statt, die mit der Volkshochschule und dem Weltladen Speyer zusammen durchgeführt werden. Die Volkshochschule nimmt regen Anteil an der gesamten Fairtrade-Town-Kampagne und bietet entsprechende Bildungsangebote an. Über den Landesverband der Volkshochschulen wurden Mittel eingeworben, um einen Film über die Fair Trade Akteure in Speyer zu drehen. Dieser Film wird nun anlässlich der verschiedenen Informationsveranstaltungen eingesetzt.

<http://www.faires-speyer.de>

Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements

Die entwicklungspolitisch aktiven Kommunen arbeiten in der Regel eng mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort zusammen. Bürgerschaftliches Engagement wird in vielen Fällen durch die Bereitstellung von kostenlosen Räumlichkeiten unterstützt. Städtische Räumlichkeiten können für Treffen und Veranstaltungen genutzt werden. In einzelnen Fällen werden auch Räume im Rathaus permanent für den Weltladenverkauf zur Verfügung gestellt.

Bei größeren Veranstaltungen helfen Kommunen oftmals bei der Organisation und Finanzierung, stellen ihre Adresslisten zur Verfügung, unterstützen bei der Vernetzungs- und Pressearbeit und stellen personelle Ressourcen kostenlos zur Verfügung, etwa für Bewirtung und Bestuhlung. Einige Kommunen bieten den Vereinen vor Ort auch eine Plattform zum Erfahrungsaustausch.

Praxisbeispiel:

In Speyer wurde der deutsche Entwicklungstag 2013 zum Anlass genommen, ein Netzwerk von entwicklungspolitischen Akteuren vor Ort aufzubauen. Die verschiedenen Gruppen, Vereine und Initiativen vor Ort wurden kontaktiert und zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen, die am Entwicklungstag stattfand. Ziel dieser Veranstaltung war es, sich gegenseitig kennenzulernen und auszutauschen. 2014 fand ein zweites Treffen statt, ein weiteres ist für 2015 geplant, in dem es dann verstärkt um inhaltliche Themen gehen soll.

Partnerschaftsarbeit

Durch die Landespartnerschaft Rheinland-Pfalz Ruanda gibt es zahlreiche Städte- und Schulpartnerschaften mit Gemeinden und Schulen in Ruanda. Schulen pflegen Briefwechsel mit ihren Partnerschulen in Ruanda, konzipieren Ausstellungen und sammeln Gelder, etwa durch Spendenläufe, für die Finanzierung von Materialien und Einrichtungsgegenständen für die Partnerschulen.

Die Partnerschaftsarbeit in den Kommunen selber findet hauptsächlich in Form finanzieller Unterstützung zum Bau von Schulen und Ausbildungsstätten in ruandischen Gemeinden statt.

Praxisbeispiel:

Die Verbandsgemeinde Ransbach – Baumbach unterstützt seit 2005 verschiedene Projekte in der Pfarrgemeinde Rukoma in Ruanda. Nach dem Bau einer Schule sowie eines Anbaus für die Kirche

für Versammlungen wurde der Bau eines Handwerkerbildungszentrums unterstützt. Das in Ruanda erstellte Konzept sah zunächst Ausbildung in den Sparten Metallverarbeitung, Holzverarbeitung und Schneiderei vor. Mittlerweile läuft das Ausbildungszentrum sehr gut. Es ist nun geplant, die Solartechnik als neue Sparte aufzunehmen. Die Verbandsgemeinde Ransbach – Baumbach bemüht sich aktuell um Finanzierung für die benötigte technische Ausstattung.

<http://www.ransbach-baumbach.de/content/partnerschaft-mit-der-pfarrei-rukoma-distrikt-ngoma-ruanda>

Politische und institutionelle Rahmenbedingungen

In den letzten 25 Jahren haben zahlreiche Kommunen **Ratsbeschlüsse** zu verschiedenen entwicklungspolitischen Themen gefasst. Neben Beschlüssen zur Lokalen Agenda (41%), haben 37% der teilnehmenden entwicklungspolitisch aktiven Kommunen in Rheinland-Pfalz einen Beschluss zur Beteiligung an der Kampagne Fairtrade-Town gefasst. Dies ist gefolgt von Beschlüssen zu den Millenniumsentwicklungszielen (28%), sowie Beschlüssen zur Vermeidung von ausbeuterischer Kinderarbeit bei der öffentlichen Beschaffung nach ILO Kernarbeitsnorm 182 (26%) und Beschlüssen zur nachhaltigen Beschaffung (23%). Bei 12,5% der antwortenden Kommunen ist das entwicklungspolitische Engagement in das Stadtleitbild bzw. in kommunale Nachhaltigkeitsleitlinien integriert.

Viele Kommunen engagieren sich jedoch auch ohne offiziellen Ratsbeschluss im entwicklungspolitischen Bereich. Knapp 14% der Kommunen mit entwicklungspolitischen Tätigkeiten gaben keine Beschlüsse an. Insbesondere kleinere Kommunen entwickeln auch ohne solche Beschlüsse ein reges Engagement im entwicklungspolitischen Bereich.

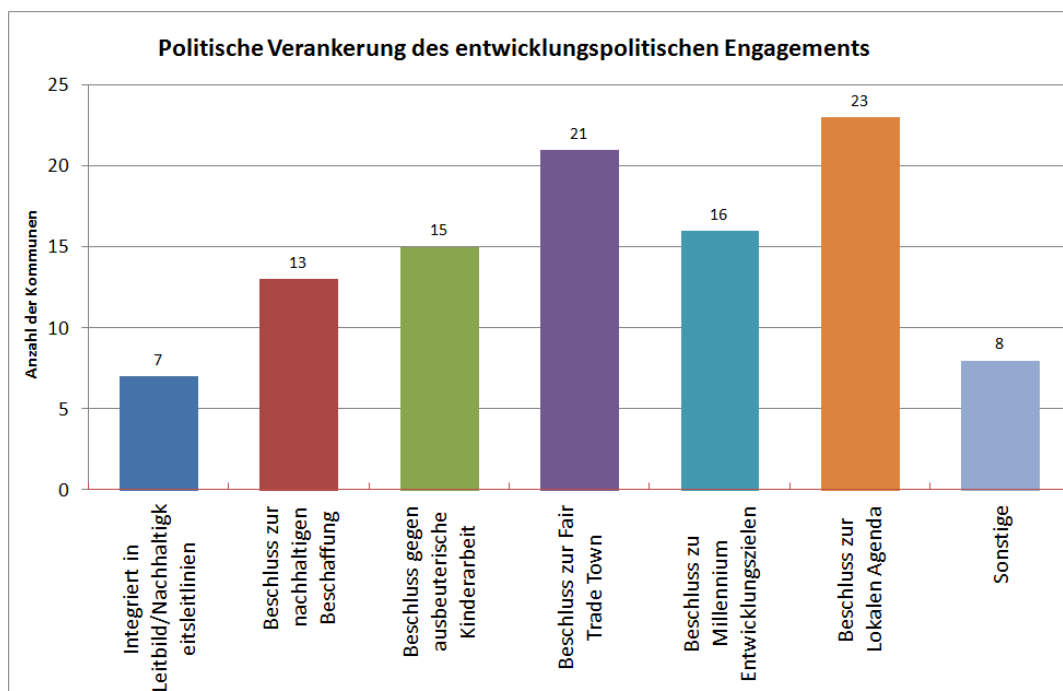


Abbildung 2: Politische Verankerung des entwicklungspolitischen Engagements (in absoluten Zahlen). Quelle: eigene Erhebung.

Für die Umsetzung der Beschlüsse wurde in einigen Kommunen ein Sachgebiet eingerichtet bzw. eine Initiativgruppe gegründet. Oftmals wird die Umsetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren besprochen und organisiert.

Im Bereich der nachhaltigen Beschaffung wurden in vielen Kommunen entsprechende Angaben in die internen Vergaberichtlinien integriert. Diese enthalten Standardklauseln, die in die Ausschreibungsunterlagen aufzunehmen sind. Eine Überprüfung der Einhaltung findet jedoch in den wenigsten Fällen und wenn dann nur punktuell statt. Das liegt vor allem daran, dass die Beschaffung in den meisten Kommunen dezentral geregelt ist und verschiedene Fachbereiche beteiligt sind. Eine Überprüfung wird somit erschwert.

Oftmals gibt es allerdings innerhalb der Kommune keine konkreten Angaben, wie Beschlüsse umzusetzen sind. Hier hängt die Umsetzung dann vom Engagement einzelner Personen ab. In Kommunen, in denen niemand offiziell mit der Umsetzung der Beschlüsse betraut wurde, fand eine Umsetzung in der Regel auch nicht statt.

Laut Aussage der befragten Kommunen ist bei 58% die Kommunalverwaltung selber die **treibende Kraft für entwicklungspolitische Aktivitäten**. Dies ist gefolgt von Eine Welt-Gruppen (41%), kirchlichen- (25%) und Bildungseinrichtungen (23%). Partnerschaftsvereine wurden von 17% der Kommunen als treibende Kraft angegeben.

Was die **strukturelle Einbindung in die Verwaltung** angeht, so ist in den meisten Kommunen der/die (Ober)bürgermeister_in bzw. der Landrat/die Landrätin zuständig für entwicklungspolitische Aktivitäten (60%). Bei 18% ist die Zuständigkeit auf der Ebene der Amtsleiter_in angesiedelt. Allerdings geben 25% der befragten Kommunen an, keine klare Zuordnung für die Zuständigkeit zu haben.

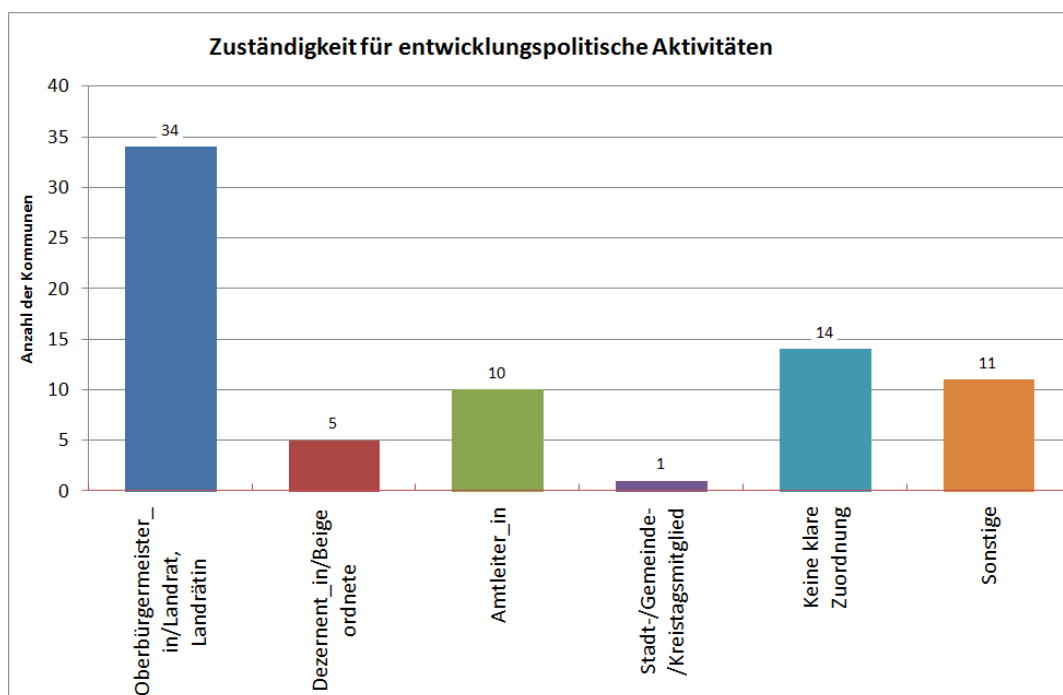


Abbildung 3: Zuständigkeit für entwicklungspolitische Aktivitäten (in absoluten Zahlen). Quelle: eigene Erhebung.

Die Zuständigkeit des/der (Ober)bürgermeister_in wird in so gut wie allen Kommunen als positiv angesehen. Zum einen räumt es dem Thema einen hohen Stellenwert ein, zum anderen lassen sich Aktivitäten leichter intern umsetzen. Außerdem interessieren sich auch Bürgerinnen und Bürger stärker für diese Themen, wenn das Stadtoberhaupt dahinter steht.

Mit der tatsächlichen **Umsetzung der entwicklungspolitischen Tätigkeiten** sind in den meisten Kommunen einzelne Mitarbeitende betraut (45%). Bei 25% ist eine zentrale Organisationseinheit für diese Aufgaben verantwortlich. Hierbei handelt es sich zumeist um das Büro des (Ober)bürgermeisters, aber auch um Zentrale Dienste/Organisation oder die Lokale Agenda 21. Kommunen die angeben, dass mehrere Organisationseinheiten mit entwicklungspolitischen Aufgaben beauftragt seien (16%), nannten neben den oben erwähnten auch das Umweltamt/Klimaschutz, die Stadtentwicklung, Organisation/Beschaffung, Umwelt und Bauen sowie Freiwilligenagenturen. Je breiter das entwicklungspolitische Engagement gefächert ist, desto mehr Einheiten sind in der Regel involviert. Bei 17% der Kommunen gibt es keine klare Zuordnung der Zuständigkeiten.

Vor allem die kleineren Verbandsgemeinden sind sich darüber einig, dass die Ansiedlung bei einer zentralen Organisationseinheit von Vorteil ist. Diese Art der Organisation garantiert kurze Wege. Die Ansiedlung bei mehreren Organisationseinheiten erlaubt hingegen eine fachliche Verankerung der Themen. Zudem entstehen durch die Einbeziehung mehrerer Akteure neue Ideen. Dies hat allerdings den Nachteil eines höheren Koordinationsaufwandes und ist eher für größere Kommunen geeignet.

Kommunale Entwicklungspolitik lebt vom Rückhalt und dem **Engagement der lokalen Zivilgesellschaft**. Fast alle der befragten Kommunen stehen in Kontakt mit Vereinen und Initiativen vor Ort und kooperieren mit diesen. Kommunales Entwicklungsengagement wird oftmals von der Zivilgesellschaft angestoßen und umgesetzt. Aber auch umgekehrt kann das Engagement einer Kommune durchaus positive Impulse in der Zivilgesellschaft auslösen. Hauptakteure der Zusammenarbeit sind Schulen und Kindergärten (62%, oftmals in Verbindung mit Partnerschaften), kirchliche Organisationen (59%), Weltläden (42%), Bildungseinrichtungen (37%) sowie Lokale Agenda Initiativen (34%) und Eine Welt-Gruppen (32%). Einen weiteren Anteil haben Partnerschaftsvereine (28%) und Migrantenorganisationen (16%).

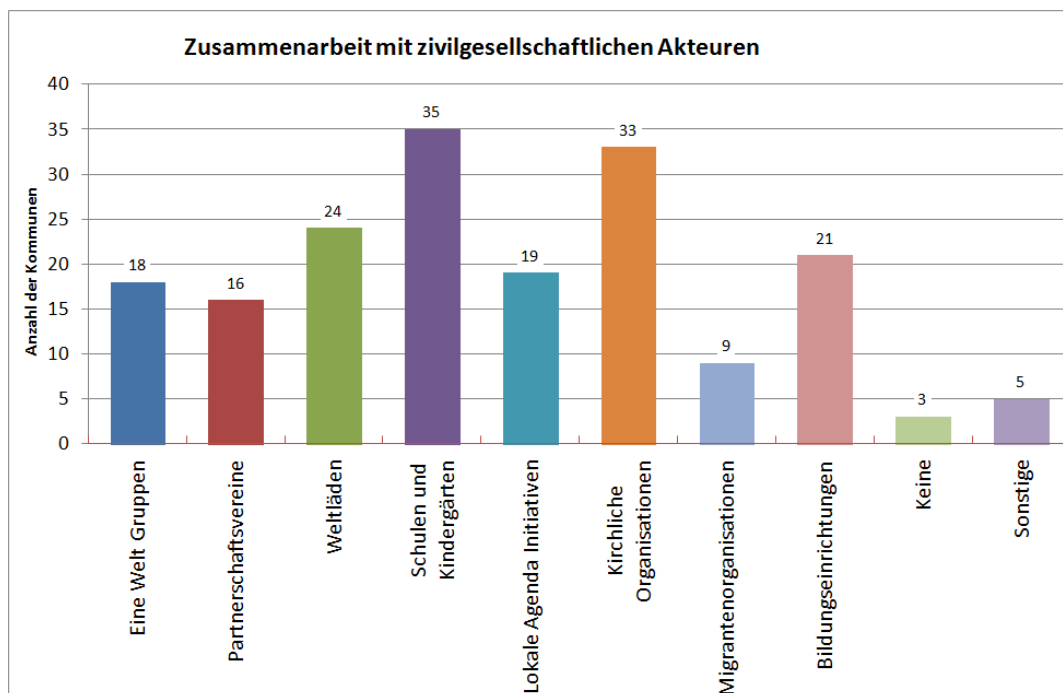


Abbildung 4: Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren (in absoluten Zahlen). Quelle: eigene Erhebung.

Die enge Verzahnung von Kommunen und Zivilgesellschaft hat sich laut Aussage der Gesprächspartner in der Vergangenheit bewährt. Entwicklungspolitisches kommunales Engagement funktioniert immer dort gut, wo die Bürgerinnen und Bürger mit eingebunden sind.

Hierbei sollte es laut Aussage der Befragten Rolle der Kommune sein, die Vereine und Aktivitäten vor Ort zu unterstützen und zu bündeln, Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, bei der Öffentlichkeits- und Pressearbeit zu unterstützen und Veranstaltungen zu organisieren. Die tatsächliche Umsetzung der Aktivitäten sollte hingegen Rolle der Vereine sein.

Neben der direkten Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort besteht in vielen Kommunen eine **Kooperation mit weiteren regionalen, nationalen und internationalen Akteuren**

der Entwicklungspolitik. So geben 38% der befragten Kommunen an, Informationen über das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk ELAN e.V. zu erhalten, weitere 23% über die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Darüber hinaus sind der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (18%), das Klima-Bündnis (16%) sowie das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur, der Partnerschaftsverein Ruanda und Stiftungen/sonstige lokale Initiativen (insgesamt 16%) Quellen für Information. Allerdings geben 18% der Kommunen an, keinerlei Informationen von außen zu erhalten.

Auch der Austausch über Netzwerke findet laut Aussage der Kommunen größtenteils über das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk ELAN e.V. (25%) sowie der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (14%) statt. Der größte Teil der befragten Kommunen (fast 40%) tauscht sich jedoch nicht zu entwicklungspolitisch relevanten Themen aus.

Die kommunalen Spitzenverbände in Rheinland-Pfalz unterstützen das entwicklungspolitische Engagement der Kommunen vor allem durch die Weiterleitung von Informationen über die ihnen zur Verfügung stehenden Kanäle. Insbesondere im Vergabebereich wurden die Mitglieder auf die Möglichkeit zur Nutzung von Produkten aus Fairem Handel aufmerksam gemacht. Zudem stehen die Spitzenverbände bei rechtlichen Fragen zum entwicklungspolitischen Engagement beratend zur Seite.

Eigene Aktivitäten im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik werden allerdings nicht angestrebt. Auch wird es nicht als Aufgabe der Spitzenverbände gesehen, dieses Thema voranzubringen. Ihre Rolle sehen die Verbände eher in der Informationsweitergabe.

Herausforderungen bei der Umsetzung entwicklungspolitischer Aktivitäten

Als größte *Herausforderungen* wurden fehlende personelle (68%) sowie nicht vorhandene finanzielle Ressourcen (63%) gesehen. Fast 30% der Kommunen gaben eine unübersichtliche Förderlandschaft als weitere Herausforderung an, sowie ein mangelndes Bewusstsein oder Interesse in der Verwaltung. Fehlendes bürgerschaftliches Engagement und fehlende politische Unterstützung wurde von je 16% bzw. 10% der Kommunen als Herausforderung betrachtet. Rechtliche Hindernisse sowie fehlende Informationen über kommunale Entwicklungspolitik wurden hingegen sehr selten genannt.

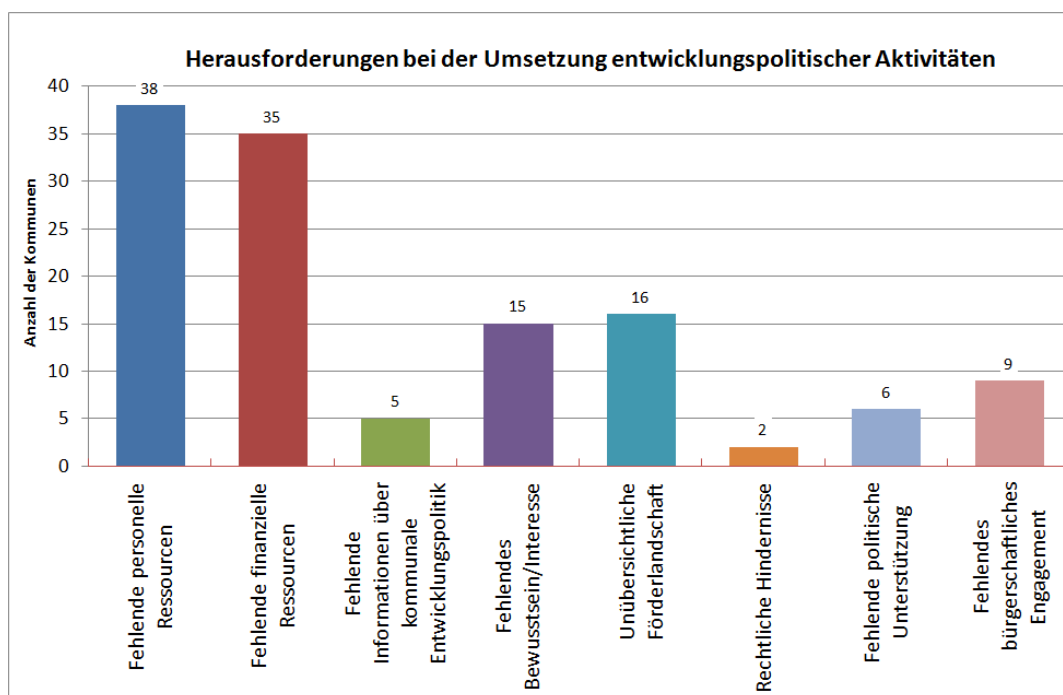


Abbildung 5: Herausforderungen bei der Umsetzung entwicklungspolitischer Aktivitäten (in absoluten Zahlen). Quelle: eigene Erhebung.

Unterstützungsbedarf

Bedarf an Unterstützung besteht vor allem bei der Beratung und der fachlichen Begleitung (insgesamt 66%) insbesondere in den Bereichen Nachhaltige Beschaffung und Fairer Handel (knapp 40%), Umsetzung von Projekten (32%) und Projektbeantragung (23%). Weitere 20% nennen Weiterbildungsangebote. Unterstützungsbedarf bei der Einbeziehung von Migranten in die Entwicklungszusammenarbeit sowie bei der Etablierung von Städtepartnerschaften werden von je nur knapp 10% der Kommunen genannt.

Im Bereich der nachhaltigen Beschaffung wurde neben Textbausteinen für Ausschreibungen und Informationen zu rechtlichen Rahmenbedingungen auch Unterstützungsbedarf in Form von Schulungen erwähnt. Das Projekt „Rheinland-Pfalz kauft nachhaltig ein“ ist dabei größtenteils bekannt, jedoch war es nicht allen Kommunen möglich, an den Seminaren teilzunehmen.

Weiterer Unterstützungsbedarf liegt auch bei der Beantragung von Fördermitteln der EU und anderen Bundesmitteln zur Durchführung von Projektmaßnahmen. Es wurde der Wunsch geäußert, die Antragstellung und auch die Projektabwicklung wegen den knappen Personalressourcen administrativ zu vereinfachen. Zum anderen wurde der Wunsch nach inhaltlicher Beratung bei der Antragstellung vonseiten der Geldgeber oder Dritten geäußert. Dabei wurde die finanzielle Unterstützung durch das ISIM aufgrund der unkomplizierten Antragstellung lobend erwähnt.

An zweiter Stelle nach der Beratung und fachlichen Begleitung wurde die finanzielle Unterstützung genannt (54%), gefolgt von dem Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen und Netzwerken

(30%) und der politischen Unterstützung (29%), vor allem auf Landesebene. Neben der rein finanziellen Unterstützung wurde auch eine Honorierung des kommunalen Engagements gefordert, beispielsweise in Form eines Preises oder einer Auszeichnung auf Landesebene. Auch wurde die Möglichkeit zum Austausch mit anderen Kommunen etwa im Rahmen eines „Markt der Möglichkeiten“ angeregt, sowie die Organisation von Fachgesprächen und Thementagen auf Landesebene. Wenig Unterstützungsbedarf besteht hingegen bei den rechtlichen Rahmenbedingungen (7%), was sich mit den Ergebnissen der Frage nach den Herausforderungen deckt. Zehn Prozent der entwicklungspolitisch aktiven Kommunen haben keinerlei Unterstützungsbedarf.

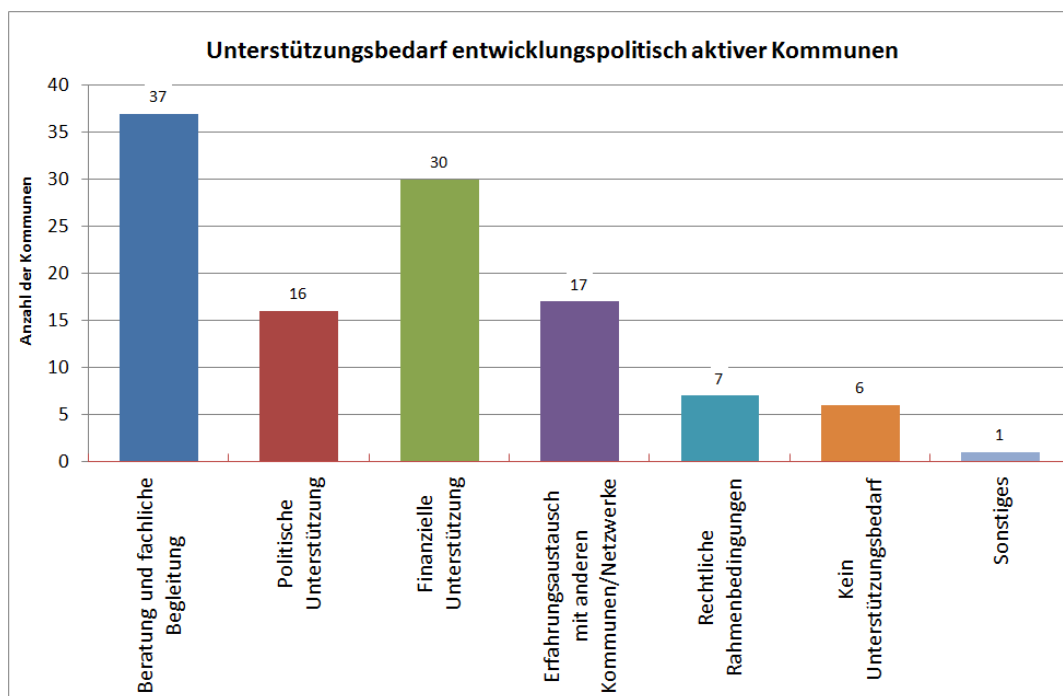


Abbildung 6: Unterstützungsbedarf entwicklungspolitisch aktiver Kommunen (in absoluten Zahlen). Quelle: eigene Erhebung.

Kenntnis der Sustainable Development Goals (Nachhaltigkeitsziele)

Da viele globale Herausforderungen bis zum Jahr 2015 nicht bewältigt werden können, werden die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) im Jahr 2015 von den Sustainable Development Goals (SDGs) weitergeführt. Mit den SDGs will sich die Weltgemeinschaft umfassendere, wirksamere Entwicklungsziele geben, die sich auf alle Staaten der Erde beziehen und den Nachhaltigkeitsaspekt stärker in den Fokus rücken. Durch die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen gewinnt das entwicklungspolitische Engagement der Kommunen noch weiter an Bedeutung; die Umsetzung der SDGs erfordert eine verstärkte Einbeziehung der kommunalen Ebene.

Im Rahmen der Interviews wurden die Kommunen nach ihrem Kenntnisstand der Sustainable Development Goals gefragt. Obwohl sich einige Kommunen bereits mit dem Thema auseinandergesetzt hatten, war der Begriff der Sustainable Development Goals bei 16 der 26 interviewten Kommunen nicht bekannt.

Durch entwicklungspolitisches Engagement ausgelöste positive Impulse in der Kommune

In der Mehrzahl der interviewten Kommunen wurde insgesamt ein gewisser Bewusstseinswandel in der Verwaltung sowie auch in der lokalen Bevölkerung durch das entwicklungspolitische Engagement der Kommune festgestellt. Erwähnt wurde hier insbesondere die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft im Rahmen der Fairtrade-Town Steuerungsgruppen, die großes Engagement hervorgebracht hat. Bei vielen Kommunen hat der Fairtrade-Prozess bewirkt, dass sich Menschen verstärkt Gedanken über entwicklungspolitische Themen machen, dies sowohl innerhalb der Verwaltung als auch bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Zudem haben die durch die Kommunen angeschobenen Projekte insbesondere in der Partnerschaftsarbeit zu großen Spendensammelaktionen durch die Zivilgesellschaft geführt.

Auch die Vernetzung von Kommune und Zivilgesellschaft sowie die Vernetzung von entwicklungspolitisch Engagierten konnte durch das entwicklungspolitische Engagement in vielen Kommunen verbessert werden. Teilweise konnte auch das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Kommune verstärkt werden.

Veranstaltung zum kommunalen entwicklungspolitischen Engagement

Zu guter Letzt wurden die Kommunen nach ihrem Interesse an einer landesweiten Veranstaltung zum kommunalen entwicklungspolitischen Engagement gefragt. Interesse war bei fast allen Kommunen vorhanden, die Wünsche für inhaltliche Themen unterschieden sich jedoch.

Am häufigsten wurde, wie auch beim Unterstützungsbedarf, das Thema Nachhaltige Beschaffung bzw. Fairer Handel (auch im Rahmen der Fairtrade-Town-Kampagne) genannt.

Weiterhin wurden die Gestaltung von örtlichen Netzwerken, der Austausch zu Partnerschaftsarbeit, die Flüchtlingsarbeit und auch die Einbeziehung von Migranten als Themen genannt.

3.2.2 Kommunen ohne entwicklungspolitisches Engagement

Gründe für fehlendes entwicklungspolitisches Engagement

Gefragt nach den Gründen für fehlendes entwicklungspolitisches Engagement gaben die meisten inaktiven Kommunen fehlende personelle (80%) und finanzielle Ressourcen (65%) an. Als weitere Gründe wurden fehlende Informationen über kommunale Entwicklungspolitik (22%) sowie fehlendes bürgerschaftliches Engagement genannt (15%). Fehlende politische Unterstützung wurde nur in 10% der Kommunen als Hindernis gesehen.

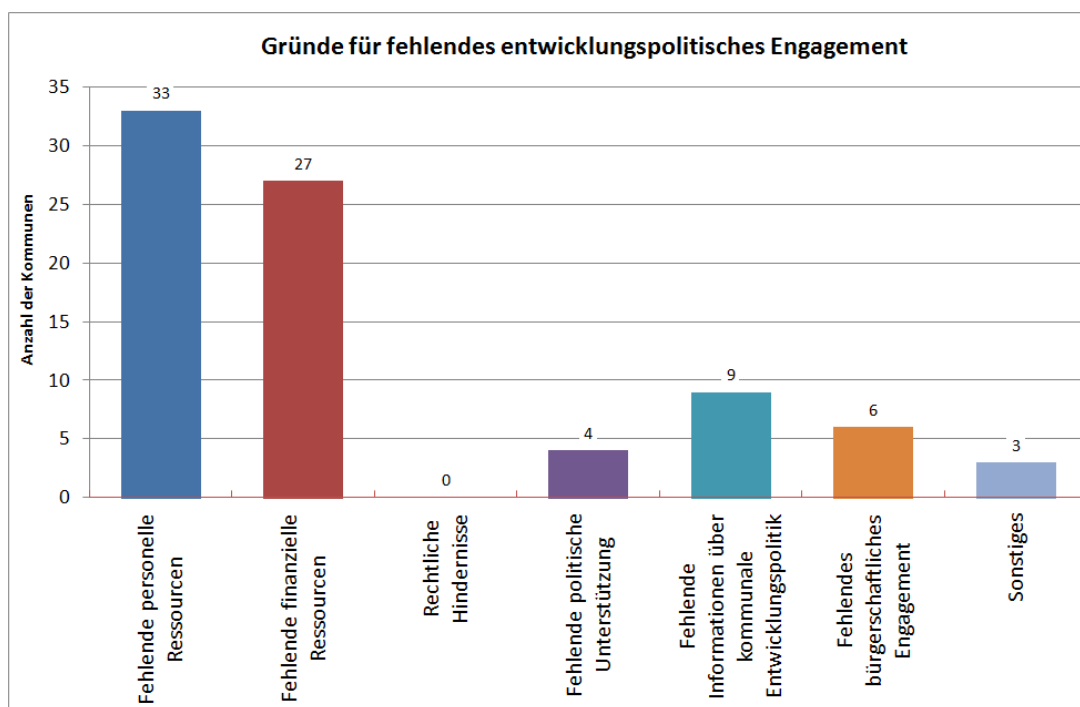


Abbildung 7: Gründe für fehlendes entwicklungspolitisches Engagement in rheinland-pfälzischen Kommunen (in absoluten Zahlen). Quelle: eigene Erhebung.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement ist eine freiwillige Leistung der Kommunen. Aufgrund der angespannten Haushaltssituation zahlreicher Kommunen in Rheinland-Pfalz sind solche freiwilligen Leistungen oftmals nicht möglich bzw. werden erschwert. Vielerorts stehen Kommunen unter Kommunalaufsicht. Diese kann sich gegen ein solches freiwilliges Engagement von Kommunen aussprechen, wenn keine entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung stehen. Zudem ist vor allem kleineren Verbandsgemeinden nicht immer bekannt, in welchen Themenbereichen sich eine Kommune entwicklungspolitisch engagieren kann, sowohl thematisch als auch organisatorisch. Fehlende Informationen über kommunale Entwicklungspolitik sind oft eine Konsequenz fehlender personeller Ressourcen, da sich niemand mit den Themen beschäftigt und diese in der Kommune anstoßen und umsetzen kann.

Unterstützungsbedarf entwicklungspolitisch inaktiver Kommunen

Unterstützungsbedarf besteht bei den entwicklungspolitisch inaktiven Kommunen vor allem bei der Beratung und fachlichen Begleitung in verschiedenen Bereichen. Fast 32% der nichtaktiven Kommunen wünschten sich fachliche Unterstützung, vor allem im Bereich Nachhaltige Beschaffung/Fairer Handel (29%), Weiterbildungsangebote (10%) und Etablierung von Städte- und Projektpartnerschaften (7%). Bei der Einbeziehung von Migranten in die Entwicklungszusammenarbeit, der Umsetzung von Projekten und der Unterstützung von Projektanträgen wünschten sich lediglich 5% der Kommunen Unterstützung.

Oftmals besteht keine klare Vorstellung von kommunaler Entwicklungspolitik und den dazugehörigen Themenfeldern. Hier besteht Unterstützungsbedarf im Sinne einer Prozessorientierung. Dies beinhaltet fachliche, inhaltliche und strategische Beratung. Wie kann sich eine kleine Kommune mit wenig Personal und bescheidenen finanziellen Mitteln im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik engagieren? Was gibt es für Handlungsmöglichkeiten? Welche Themenbereiche gehören dazu? Was gibt es für Weiterbildungsangebote? Wie können entsprechende Aktivitäten organisatorisch angegangen werden?

Insbesondere im Bereich des Fairen Handels und der nachhaltigen Beschaffung bestehen zahlreiche Unsicherheiten. Hier wurde der Wunsch nach einer Übersicht über die verschiedenen Siegel und deren Bewertung im Hinblick auf die Nachhaltigkeit geäußert.

An zweiter Stelle steht die finanzielle Unterstützung, die sich 24% der inaktiven Kommunen wünschen. Zugleich geben 65% fehlende finanzielle Ressourcen als Grund für fehlendes entwicklungspolitisches Engagement an.

Unterstützungsbedarf beim Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen besteht bei knapp 20% der inaktiven Kommunen, politische Unterstützung wird von 12% der Kommunen angegeben und knapp 10% wünschen sich Beratung zu den rechtlichen Rahmenbedingungen des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements. Kein Unterstützungsbedarf besteht bei 15% der inaktiven Kommunen.

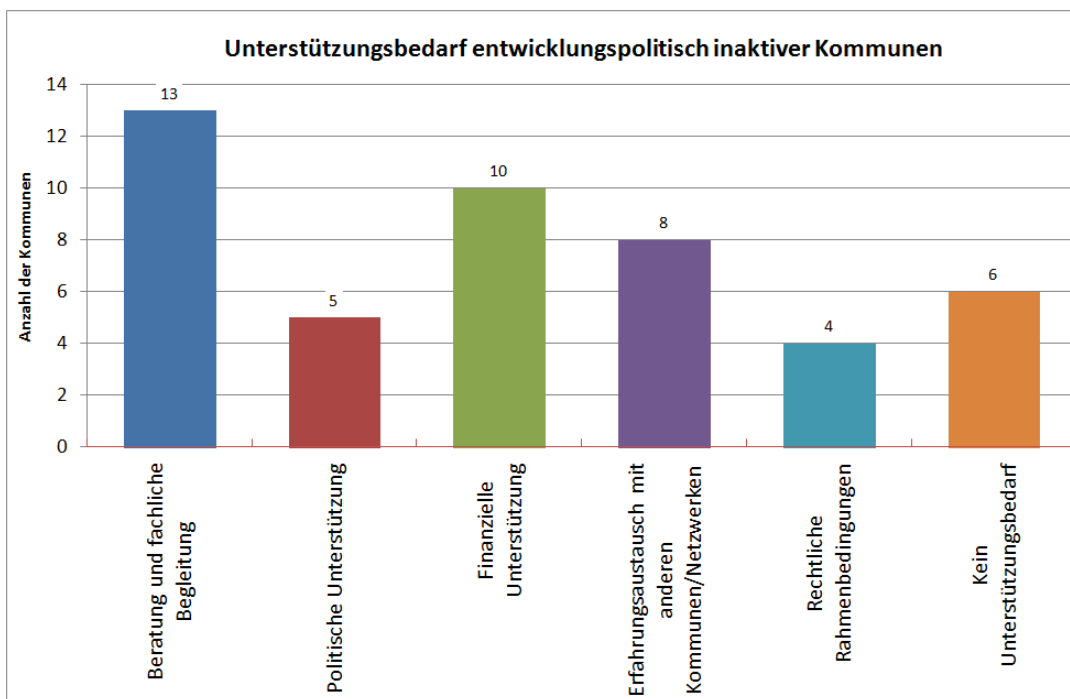


Abbildung 8: Unterstützungsbedarf entwicklungspolitisch inaktiver Kommunen in Rheinland-Pfalz (in absoluten Zahlen). Quelle: eigene Erhebung.

Kenntnisse über zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort

Die meisten Kommunen besitzen grundsätzliche Kenntnisse über zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort und kooperieren auch in verschiedenen Bereichen mit der Zivilgesellschaft. Jedoch bezieht sich das zumeist nicht auf entwicklungspolitische Aktivitäten. Wo zivilgesellschaftliches Engagement in der Entwicklungspolitik fehlt bzw. keine Kooperation zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft stattfindet, tun sich die meisten Kommunen schwer, Aktivitäten zu entfalten.

Interesse an Veranstaltung zum kommunalen entwicklungspolitischen Engagement

Alle befragten Kommunen zeigten ein großes Interesse an einer Veranstaltung zum kommunalen entwicklungspolitischen Engagement. Wünsche für zu behandelnde Themen reichten von Prozessorientierung (wie kann das Thema auch in kleinen Kommunen angegangen werden?) über die Darstellung praktischer Beispiele anderer Kommunen bis zu Beschaffung und Fairer Handel.

4 Handlungsempfehlungen

Aufbauend auf den Ergebnissen der Umfrage und der durchgeführten Interviews lassen sich eine Reihe von Handlungsempfehlungen für die Begleitung und Unterstützung der kommunalen Entwicklungspolitik in Rheinland-Pfalz ableiten. Hier sollte es insbesondere darum gehen, auch den zahlreichen kleinen rheinland-pfälzischen Kommunen die Chancen und Nutzen der kommunalen Entwicklungspolitik näher zu bringen und sie für dieses Thema zu gewinnen.

Die Handlungsempfehlungen lassen sich unterteilen in Empfehlungen, die sich direkt an Kommunen richten und solche, die sich an weitere Akteure und insbesondere Unterstützer der kommunalen Entwicklungspolitik richten.

4.1 Empfehlungen von Kommunen für Kommunen

Im Rahmen der durchgeführten Interviews mit Kommunen wurden diese auch nach ihren Empfehlungen für Kommunen gefragt, die sich entwicklungspolitisch engagieren wollen. Hier wurden im Wesentlichen drei Empfehlungen ausgesprochen.

4.1.1 Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Eine enge Verzahnung von Kommunen und Zivilgesellschaft wird von vielen aktiven Kommunen als Voraussetzung für erfolgreiche entwicklungspolitische Arbeit gesehen. Entwicklungspolitisches kommunales Engagement funktioniert immer dort gut, wo die Bürgerinnen und Bürger mit eingebunden sind.

Eine Kommune sollte also unbedingt von dem Erfahrungsschatz und den Kontakten der Vereine vor Ort, die oft seit vielen Jahren engagiert sind, profitieren. Hier gilt es, vorhandenes Engagement aufzuspüren und dieses mit eigenen Aktivitäten zu unterstützen und zu ergänzen. Das vielfältige und bereits vorhandene Engagement sollte aufgegriffen und nachhaltig in die kommunalen Aktivitäten verankert werden.

Kommunen können dabei eine Plattform für Vereine vor Ort bieten, diese vernetzen und die Aktivitäten entsprechend unterstützen und bündeln. Dazu gehören die Zurverfügungstellung von Infrastruktur (Räumlichkeiten und Büroausstattung), die Unterstützung bei der Öffentlichkeits- und Pressearbeit sowie die Organisation von Veranstaltungen. Der Zugriff, den Kommunen auf Strukturen haben (Räumlichkeiten etc.), kann die entwicklungspolitische Arbeit der Vereine sehr erleichtern. Zudem sind Kommunen in der Regel breiter vernetzt und haben bessere Kontakte, um Informationen weiter zu geben. Somit ist gewährleistet, dass verschiedene Zielgruppen erreicht werden.

Die große Mehrheit der befragten Kommunen waren jedoch der Meinung, dass die inhaltliche Umsetzung der Aktivitäten besser von den Vereinen übernommen werden kann. Insbesondere im Rahmen der Partnerschaftsarbeit können Projekte und Aktivitäten einfacher und mit weniger

Aufwand durch die Zivilgesellschaft durchgeführt werden. Auch im Hinblick auf die Beantragung von Geldern für Projekte, stehen den zivilgesellschaftlichen Akteuren mehr Möglichkeiten zur Verfügung.

4.1.2 Politische Unterstützung

Auch die politische Unterstützung ist für das entwicklungspolitische Engagement von großer Wichtigkeit. Der (Ober)bürgermeister bzw. Landrat sollte hinter den Projekten und dem Engagement stehen, um Zuspruch durch die Öffentlichkeit und mehr Akzeptanz zu erfahren, auch unter den Verwaltungsangestellten. Offizielle Beschlüsse durch die entsprechenden politischen Gremien vereinfachen zudem die Umsetzung entwicklungspolitischer Aktivitäten.

4.1.3 Klare Zuweisung der Verantwortlichkeiten

Oftmals werden kommunale Beschlüsse zu entwicklungspolitischen Themen verwaltungsintern nicht umgesetzt, da es keine konkreten Angaben zur Umsetzung gab bzw. die Zuständigkeit nicht klar geregelt wurde. Erfahrene Kommunen raten deshalb, Zuständigkeiten klar zu benennen und ggf. eine Arbeitsgruppe für die Planung und Durchführung entwicklungspolitischer Aktivitäten zu bilden. Diese sollte sich aus den betroffenen Referaten zusammensetzen.

4.2 Empfehlungen für weitere Akteure der kommunalen Entwicklungspolitik

Kommunen erfahren in ihrem entwicklungspolitischen Engagement Unterstützung von verschiedenen Seiten. Die folgenden Empfehlungen basieren auf den Ergebnissen der Befragungen und richten sich an Institutionen, die die kommunale Entwicklungspolitik durch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen, Information, Vernetzung und auch Beratung voran bringen möchten.

4.2.1 Durchführung eines Marktes der Möglichkeiten für (hauptsächlich) nicht aktive Kommunen zu Eine Welt-Themen

Bei entwicklungspolitisch inaktiven Kommunen, insbesondere bei kleineren Verbandsgemeinden, bestehen viele grundsätzliche Fragen zum kommunalen entwicklungspolitischen Engagement. Die verschiedenen Möglichkeiten, die Kommunen hier zur Verfügung stehen, sind nicht immer bekannt. Viele Kommunen schrecken vor den vielfältigen Herausforderungen der Auslandsarbeit zurück. Zugleich wird die Inlandsarbeit, die in vielen Fällen zunächst einmal mit weniger Aufwand zu bewältigen wäre und einen leichten Einstieg bietet, nicht unbedingt als entwicklungspolitisches Engagement gewertet.

Die Organisation eines (jährlichen) „Marktes der Möglichkeiten“ könnte bisher inaktiven Kommunen eine Gelegenheit bieten, sich über die verschiedenen Möglichkeiten des kommunalen Entwicklungsengagements zu informieren und sich mit anderen Kommunen auszutauschen. Gleichzeitig sollte sichergestellt sein, dass auch zivilgesellschaftliche Organisationen an diesen Treffen teil-

nehmen. Der Austausch mit Organisationen, die vor Ort aktiv sind, kann Kommunen zu entsprechendem Engagement motivieren und inhaltlich inspirieren.

4.2.2 Organisation von thematischen Fachgesprächen

Fast alle Kommunen zeigten sich interessiert an Austausch und Weiterbildungsmöglichkeiten. Verschiedene Themen wurden dabei genannt. Die Organisation von regelmäßigen Fachgesprächen zu verschiedenen Themen der kommunalen Entwicklungspolitik erlaubt es Kommunen, von den Erfahrungen anderer zu lernen, neue Themenfelder zu erschließen und ggf. gemeinsame Aktionen mit anderen Kommunen anzugehen.

4.2.3 Individuelle Beratung im Sinne einer Prozessorientierung

Unsicherheiten bestehen nicht nur in Hinblick auf Themen der Entwicklungspolitik, sondern auch bezüglich der Herangehensweise und der strukturellen Verankerung. Ein Angebot an Kommunen, hier individuelle Beratung im Sinne einer Prozessorientierung in Anspruch nehmen zu können, würde vielen Kommunen den Einstieg in entwicklungspolitisches Engagement erleichtern.

4.2.4 Gewinnung von Bürgermeister*innen als Botschafter

Die zahlreichen guten Initiativen in rheinland-pfälzischen Kommunen können entwicklungspolitisch inaktive Kommunen zu eigenem Engagement motivieren. Allerdings findet wenig Austausch zwischen den Kommunen statt und viele Initiativen sind bei anderen Kommunen nicht oder kaum bekannt. Hier sollte versucht werden, Bürgermeister*innen aus engagierten Kommunen, die in fachlich relevanten Gremien der kommunalen Spitzenverbände vertreten sind (anbieten würde sich hier zum Beispiel Fachausschüsse für Schule, Kultur und Sport, Umwelt und Wirtschaft) dazu zu gewinnen, in diesen Gremien über Themen der Entwicklungspolitik und insbesondere ihren Aktivitäten zu berichten.

4.2.5 Stärkere Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden

Wie die Recherchen und auch die Interviews mit den kommunalen Spitzenverbänden gezeigt haben, sind diese im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik selber wenig aktiv, unterstützen aber durchaus das Engagement ihrer Mitgliedskommunen durch die Weitergabe von Informationen. Zugleich geben sehr viele Kommunen an, relevante Informationen über die kommunalen Spitzenverbände zu beziehen. Um Informationen zu entwicklungspolitischen Themen auch solchen Kommunen zukommen zu lassen, die dem Thema zwar aufgeschlossen sind, sich aber nicht selber aktiv um Informationen bemühen, bietet sich eine stärkere Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden an.

4.2.6 Weiterführung des Projektes Rheinland-Pfalz kauft nachhaltig ein

Die Nachhaltige Beschaffung war eines der am häufigsten genannten Themen, sowohl was die Aktivitäten der Kommunen angeht als auch ihren Unterstützungsbedarf. Viele Kommunen wünschen sich hier mehr Informationen zu Standards, Siegeln und rechtlichen Rahmenbedingungen. Nur eine sehr kleine Anzahl der befragten Kommunen konnte bisher an einem Seminar teilnehmen, das Programm ist aber durchaus bekannt. Eine Fortführung des Projektes bzw. der Seminarangebote in engerer Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden ist eine Möglichkeit, Kommunen hier entsprechende Unterstützung zukommen zu lassen. Die Seminare könnten thematisch stärker zugeschnitten werden und sich auf einzelne Aspekte und spezifische Produktgruppen konzentrieren. Zugleich wäre eine Zusammenstellung von relevanten Informationen zu einzelnen Produktgruppen hilfreich, so dass nicht jede Kommune selber recherchieren muss. Zwar gibt es entsprechende Angebote auf Bundesebene, jedoch ist zu erwarten, dass landespezifische Informationen stärker von den Kommunen angenommen und genutzt werden.

4.2.7 Organisation eines landesweiten runden Tisches zur nachhaltigen Beschaffung

Zusätzlich zu den fachlich ausgerichteten Seminaren zur Nachhaltigen Beschaffung kann auch die Organisation eines regelmäßigen landesweiten runden Tisches Nachhaltige Beschaffung die Umsetzung in rheinland-pfälzischen Kommunen unterstützen. Dieser sollte Kommunen die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch geben und gute Beispiele aus der kommunalen Praxis aufzeigen.

4.2.8 Bildung von Einkaufsgemeinschaften

Insbesondere den kleineren Kommunen fehlt es an Ressourcen, sich intensiv mit dem Thema Nachhaltige Beschaffung zu beschäftigen. Interesse an einer diesbezüglichen Ausrichtung der Beschaffung ist jedoch vorhanden. Die Bildung von Einkaufsgemeinschaften bietet die Chance, Nachhaltige Beschaffung arbeitsteilig und kostengünstig umzusetzen. Durch den Zusammenschluss mehrerer Kommunen zu einer interkommunalen Einkaufsgemeinschaft wird ein höheres Marktvolumen erreicht und der Aufwand für die einzelne Kommune zur Durchführung einer Ausschreibung sinkt.

Die Bildung einer solchen Einkaufsgemeinschaft ist jedoch wiederum mit einigem Aufwand verbunden. Hier ist eine Unterstützung von außen vonseiten der oben genannten zentralen Anlaufstelle für die Initiierung und Organisation unabdingbar und sollte zudem in enger Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden stattfinden.

4.2.9 Bewerbung der Fairtrade-Town Bewegung

Die Initiative Fairtrade-Town bietet Kommunen einen relativ einfachen und unkomplizierten Einstieg in die Eine Welt-Arbeit. Um mehr Kommunen für Eine Welt-Themen zu sensibilisieren, sollte unter rheinland-pfälzischen Kommunen verstärkt für die Fairtrade-Town Bewegung geworben und zur Teilnahme aufgefordert werden.

4.2.10 Unterstützung bei der Einbeziehung von Migranten in die Entwicklungszusammenarbeit

Die Einbeziehung von Migranten und deren Organisationen birgt Chancen für die kommunale Entwicklungspolitik. Zugleich sind Migration und Flüchtlinge Themen, die Kommunen zurzeit verstärkt beschäftigen. Da diesbezügliche Aktivitäten in Rheinland-Pfalz nur sehr eingeschränkt stattfinden (nur eine sehr kleine Anzahl an Kommunen bezieht Migranten in entwicklungspolitische Tätigkeiten ein), sollten verstärkt Anstrengungen unternommen werden, diesen Bereich auszubauen.

Das kann beispielsweise in Form von Informationsveranstaltungen und Beratung erfolgen. Die Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz kann hier sinnvoll sein.

4.2.11 Verstärkte Kommunikation zu den Sustainable Development Goals

Die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen sowie die damit zusammenhängenden Sustainable Development Goals sind bei rheinland-pfälzischen Kommunen kaum bekannt. Zugleich gibt es eine große Anzahl an Städten und Gemeinden, die die Millenniumserklärung der Kommunen unterzeichnet haben. Die neuen Entwicklungsziele erfordern eine stärkere Einbeziehung der Kommunen sowie eine wirksame Verschränkung der globalen, nationalen und kommunalen Politik. Eine verstärkte Kommunikation des kommunalen Aspekts der Sustainable Development Goals (sowie der nationalen und internationalen Zusammenhänge), insbesondere bei den bereits existierenden Millenniumskommunen, scheint daher sinnvoll, um der Post-2015-Agenda eine tragfähige Basis zu geben.

Dies kann in Form von individueller Beratung oder im Rahmen von regionalen Veranstaltungen zu diesem Thema erfolgen.

4.2.12 Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für kommunale Entwicklungspolitik

Strukturell erscheint es sinnvoll, eine **zentrale Anlaufstelle für kommunales Engagement in der Entwicklungspolitik** zu schaffen, die Kommunen mit Informationen versorgt, sie berät und in ihrem Engagement unterstützt. Diese könnte innerhalb der kommunalen Spitzenverbände angesiedelt sein, um Kommunen innerhalb der bewährten Strukturen beraten und vernetzen zu können. Ebenfalls denkbar wäre eine Ansiedlung im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur. Diese zentrale Anlaufstelle sollte Maßnahmen der Information und Bewusstseinsbildung initiieren und durchführen, individuelle Beratung leisten sowie Kommunen untereinander vernetzen und zu gemeinsamen Aktionen animieren.

5 Quellenverzeichnis

Deutscher Städtetag (2011): Leitfaden für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Berlin

Fonari, A.; Führ, V.; Stamm, N. (2013): Kommunen und Eine Welt – Handreichung für kommunale Eine Welt-Arbeit in Bayern, Augsburg²

Fröhlich, K.; Lämmlin, B. (2009): Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland – Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (2013): Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik; Ein Theorie- und Praxisleitfaden, Bonn

<http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de>; Überblick zu kommunalen Beschlüssen gegen ausbeuterische Kinderarbeit (Abruf am 24. November 2014)

<http://www.fairtrade-towns.de>; Überblick zu Fairtrade Town in Deutschland (Abruf am 7. November 2014)

<http://www.rgre.de>; Datenbank der kommunalen Partnerschaften des Rat der Gemeinden und Kommunen in Europa (Abruf 3. November 2014)

<http://www.die-rheinische-affaire.de>; Die Rheinische Affaire, Kaffeekampagne im Rheinland (Abruf 11. November 2014)

<http://www.service-eine-welt.de>; Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Abruf am 18. November 2014)

<http://www.umdenken.de>; Informationsangebot der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz (LZU) (Abruf 6. November 2014)

<http://www.nachhaltigkeit-kommunal.eu>; Information des Internationalen Städtenetzwerks ICLEI zur kommunalen Nachhaltigkeit (Abruf 6. November 2014)

<http://www.rlp-ruanda.de>; Partnerschaft Rheinland-Pfalz-Ruanda (Abruf 14. November 2014)

<http://isim.rlp.de>; Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz (Abruf 3. November 2014)

<http://www.elan-rlp.de>; Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (Abruf 5. November 2014)

<http://einewelt.rlp.de>; Portal Entwicklungspolitik in Rheinland-Pfalz (Abruf 3. November 2014)

6 Abkürzungsverzeichnis

DAC: Development Assistance Committee (Ausschuss für Entwicklungshilfe) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

ELAN e.V.: Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V.

ILO: International Labour Organisation (Internationale Arbeitsorganisation)

ISIM: Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz

LZU: Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz

MDGs: Millennium Development Goals (Millenniumentwicklungsziele)

RGRE: Rat der Gemeinden und Regionen Europas

SDGs: Sustainable Development Goals

SKEW: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH

UN: United Nations (Vereinte Nationen)

7 Anhänge

7.1 Umfrage zum entwicklungspolitischen Engagement rheinland-pfälzischer Kommunen

7.2 Gesprächsleitfäden für Interviews mit ausgesuchten Kommunen

7.3 Liste der Millenniumkommunen in Rheinland-Pfalz

7.1 Umfrage zum entwicklungspolitischen Engagement rheinland-pfälzischer Kommunen



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM
DES INNERN, FÜR SPORT
UND INFRASTRUKTUR



Umfrage zum entwicklungspolitischen Engagement rheinland-pfälzischer Kommunen

1. Allgemeine Informationen

Stadt

Verbandsgemeinde

Landkreis

Name Stadt/Verbandsgemeinde/Landkreis:

Einwohnerzahl:

Ansprechpartner_in:

Organisationseinheit/Fachbereich:

Funktion:

Straße:

PLZ und Ort:

Telefon:

Email:

Internetadresse:

(Falls vorhanden, bitte den direkten Link zu Ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten nennen)

2. Engagiert sich Ihre Kommune in der Entwicklungspolitik (z.B. in den Bereichen Bildungsarbeit, Fairer Handel, nachhaltige Beschaffung, Städtepartnerschaften)?

- Ja (bitte weiter mit Frage 3) Nein

Falls nein, was ist der Grund dafür (Mehrfachnennung möglich)?

- Fehlende personelle Ressourcen
 Fehlende finanzielle Ressourcen
 Rechtliche Hindernisse
 Fehlende politische Unterstützung
 Fehlende Informationen über kommunale Entwicklungspolitik
 Fehlendes bürgerschaftliches Engagement
 Sonstige (bitte nennen):

Falls sich Ihre Kommune nicht in der Entwicklungspolitik engagiert, bitte weiter mit Frage 12.

3. In welchen entwicklungspolitischen Bereichen ist Ihre Kommune aktiv (Mehrfachnennung möglich)?

- Verwendung von Produkten aus Fairem Handel in folgenden Einrichtungen (z.B. KiTa, Rathaus und Verwaltung, Bauhof, Gärtnerei - bitte nennen):
- Nachhaltige Beschaffung (z.B. Papier, Kaffee, Textilien, Natursteine - bitte nennen):
- Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der Kommune (z.B. Vorträge, Ausstellungen)
 Einbeziehung von Bürger_innen mit Migrationshintergrund in die Eine Welt-Arbeit
 Unterstützung des lokalen, bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements (z.B. Bereitstellung von Räumlichkeiten, finanzielle oder ideelle Unterstützung, Vernetzung)
 Kommunale Nord-Süd Partnerschaften (mit Kommunen aus Entwicklungs- und Schwellenländern gemäß der OECD-DAC Liste; z.B. aus Afrika, Asien und Lateinamerika)
 Projektpartnerschaften (zeitlich und sachlich begrenzt) mit Kommunen aus Entwicklungs- und Schwellenländern gemäß der OECD-DAC Liste; z.B. aus Afrika, Asien und Lateinamerika
 Interkommunaler Fachaustausch
 Mitgliedschaft in einem internationalen Städtebündnis zu Fragen nachhaltiger Entwicklung (ICLEI, UN-Habitat, etc.)
 Sonstige (bitte nennen):

4. Wie ist das entwicklungspolitische Engagement in Ihrer Kommune politisch verankert (Mehrfachnennung möglich)?

- Integriert in Stadtleitbild/städtische Nachhaltigkeitsleitlinien
- Beschluss zur Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards bei der Beschaffung
- Beschluss zur Vermeidung von ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Beschaffung
- Beschluss zur Teilnahme an der Kampagne Fair Trade Towns
- Beschluss zur Unterstützung der Millennium-Entwicklungsziele
- Beschluss zur lokalen Agenda 21
- Sonstige (*bitte nennen*):

5. Wer ist die treibende Kraft für entwicklungspolitische Aktivitäten in Ihrer Kommune?

- Partnerschaftsverein
- Kirche
- Kommunalverwaltung
- Bildungseinrichtungen
- Eine Welt-Gruppen
- Sonstige (*bitte nennen*):

6. Wer ist in Ihrer Kommune zuständig für entwicklungspolitische Aktivitäten (Mehrfachnen-

nung möglich)?

- | | |
|---------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> (Ober)bürgermeister_in, Landrat, Landrätin | <input type="checkbox"/> Amtsleiter_in |
| <input type="checkbox"/> Dezernent_in/Beigeordnete_r | <input type="checkbox"/> Stadt-/Gemeinderatsmitglied |
| <input type="checkbox"/> Keine klare Zuordnung der Zuständigkeit | <input type="checkbox"/> Sonstige (<i>bitte nennen</i>): |

7. Wie ist die Umsetzung der entwicklungspolitischen Aktivitäten in Ihrer kommunalen Verwaltung organisiert?

- Eine zentrale Organisationseinheit ist mit entwicklungspolitischen Themen betraut (*bitte Organisationseinheit nennen*):

- Mehrere Organisationseinheiten sind mit entwicklungspolitischen Themen betraut (*bitte Organisationseinheiten nennen*):

- Einzelne Mitarbeitende sind mit entwicklungspolitischen Themen betraut
- Keine klare Zuordnung

8. Mit welchen zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort arbeiten Sie zusammen (Mehrfachnennung möglich)?

- | | |
|----------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Eine Welt Gruppen | <input type="checkbox"/> Kirchliche Organisationen |
| <input type="checkbox"/> Partnerschaftsvereine | <input type="checkbox"/> Migrantenorganisationen |
| <input type="checkbox"/> Weltläden | <input type="checkbox"/> Bildungseinrichtungen |
| <input type="checkbox"/> Schulen und Kindergärten | <input type="checkbox"/> Keine |
| <input type="checkbox"/> Lokale Agenda Initiativen | <input type="checkbox"/> Sonstige (<i>bitte nennen</i>): |

9. Von wem erhalten Sie relevante Informationen zu kommunaler Entwicklungspolitik (Mehrfachnennung möglich)?

- | | |
|------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) | <input type="checkbox"/> Servicestelle Kommunen in der Einen Welt |
| <input type="checkbox"/> Kommunale Spitzenverbände | <input type="checkbox"/> Weltverband der Kommunen (UCLG) |
| <input type="checkbox"/> Klima-Bündnis | <input type="checkbox"/> Keine |

- Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN e.V.) Sonstige (*bitte nennen*):

10. Über welche Netzwerke/Institutionen tauschen Sie sich zu entwicklungspolitisch relevanten Themen aus (Mehrfachnennung möglich)?

- Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
- Kommunale Spitzenverbände Weltverband der Kommunen (UCLG)
- Klima-Bündnis Keine
- Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN e.V.) Sonstige (*bitte nennen*):

11. Mit welchen Herausforderungen sind Sie bei der Umsetzung Ihrer entwicklungspolitischen Aktivitäten konfrontiert (Mehrfachnennung möglich)?

- Fehlende personelle Ressourcen
- Fehlende finanzielle Ressourcen
- Fehlende Informationen über kommunale Entwicklungspolitik
- Fehlendes Bewusstsein/Interesse innerhalb der Verwaltung
- Unübersichtliche Förderlandschaft für kommunale entwicklungspolitische Aktivitäten
- Rechtliche Hindernisse (*wenn möglich bitte präzisieren*):
- Fehlende politische Unterstützung
- Fehlendes bürgerschaftliches Engagement
- Sonstiges (*bitte nennen*):

12. In welchen Bereichen wünschen Sie sich mehr Unterstützung für Ihr entwicklungspolitisches Engagement (Mehrfachnennung möglich)?

- Beratung und fachliche Begleitung in folgenden Bereichen:
 - Nachhaltige Beschaffung/Fairer Handel
 - Einbeziehung von Migrant_innen in die Entwicklungszusammenarbeit
 - Etablierung von Städte- und Projektpartnerschaften
 - Weiterbildungsangebote (bspw. interkulturelle Kompetenz, Projektmanagement)
 - Umsetzung von Projekten
 - Unterstützung bei der Projektbeantragung
- Politische Unterstützung:
 - Auf Bundesebene
 - Auf Landesebene
 - Auf kommunaler Ebene
- Finanzielle Unterstützung
- Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen/Netzwerke
- Rechtliche Rahmenbedingungen
- Kein Unterstützungsbedarf
- Sonstiges (*bitte nennen*):

13. Hier ist Platz für Ihre zusätzlichen Informationen oder Hinweise:

7.2 Gesprächsleitfäden für Interviews mit ausgesuchten Kommunen



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM
DES INNERN, FÜR SPORT
UND INFRASTRUKTUR



Service für Entwicklungsinitiativen



KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



STÄDTETAG
RHEINLAND-PFALZ



Gemeinde- und
Städtebund
Rheinland-Pfalz

GStB

Studie zum entwicklungspolitischen Engagement rheinland-pfälzischer Kommunen

-Interviewleitfaden für entwicklungspolitisch aktive Kommunen --

Allgemeine Informationen

Name der Kommune:

Gesprächspartner_in:

Organisationseinheit/Fachbereich:

Funktion:

1. Ihre Kommune engagiert sich in den Bereichen **[jeweils eintragen]**. Können Sie hierzu nähere Informationen geben? Welche Aktivitäten finden konkret statt?

[Diese Frage bezieht sich auf Frage 3 des Fragebogens]

2. Wie werden kommunale politische Beschlüsse im entwicklungspolitischen Bereich praktisch umgesetzt? Welche Herausforderungen gibt es ggf. bei der Umsetzung? Was ist erfolgreich?

[Diese Frage bezieht sich auf Frage 4 des Fragebogens]

3. In Ihrer Kommune ist die Zuständigkeit für entwicklungspolitische Aktivitäten bei **[jeweils eintragen]** angesiedelt. Mit der Umsetzung von entwicklungspolitischen Aktivitäten ist **[jeweils eintragen]** betraut. Welche positiven und negativen Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

[Diese Frage bezieht sich auf Fragen 6 und 7 des Fragebogens]

4. Sie arbeiten mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Ihrer Kommune zusammen. Welche Aufgaben in der Entwicklungspolitik können Ihrer Meinung nach besser von der Kommune wahrgenommen werden, welche besser von der Zivilgesellschaft? Wie sollte die Aufgabenteilung idealerweise aussehen?

[Diese Frage bezieht sich auf Frage 8 des Fragebogens]

5. Inwiefern haben die von Ihnen genannten Herausforderungen Ihr entwicklungspolitisches Engagement erschwert? Welche Lösungsmöglichkeiten haben Sie ggf. gefunden?

[Diese Frage bezieht sich auf Frage 11 des Fragebogens]

6. Unterstützung hatten Sie sich vor allem in den Bereichen **[jeweils eintragen]** gewünscht. Haben Sie hier bestimmte Vorstellungen oder Wünsche, wie diese Unterstützung aussehen könnte?

[Diese Frage bezieht sich auf Frage 12 des Fragebogens]

7. Verfügen Sie über Informationen zu den Sustainable Development Goals (SDGs)?

8. Hat das entwicklungspolitische Engagement positive Impulse in Ihrer Kommune ausgelöst?

9. Welche Empfehlungen würden Sie Kommunen geben, die überlegen, sich entwicklungspolitisch zu engagieren?

10. Hätten Sie Interesse, an einer Veranstaltung zum kommunalen entwicklungspolitischen Engagement in RLP teilzunehmen? Welche Themen würden Sie erwarten/sinnvoll finden?

Studie zum entwicklungspolitischen Engagement rheinland-pfälzischer Kommunen

--Interviewleitfaden für entwicklungspolitisch nicht aktive Kommunen --

Allgemeine Informationen

Name der Kommune:

Gesprächspartner_in:

Organisationseinheit/Fachbereich:

Funktion:

1. Ihre Kommune engagiert sich aufgrund [jeweils eintragen] nicht in der Entwicklungspolitik. Können Sie das näher erläutern?

[Diese Frage bezieht sich auf Frage 2 des Fragebogens]

2. Unterstützung hatten Sie sich vor allem in den Bereichen [jeweils eintragen] gewünscht. Haben Sie hier konkrete Vorstellungen oder Wünsche, wie diese Unterstützung aussehen könnte?

[Diese Frage bezieht sich auf Frage 12 des Fragebogens]

3. Welchen Spielraum für Eigeninitiative sehen Sie in Ihrer Kommune?

4. Haben Sie Kenntnisse über zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik in Ihrer Kommune? Bestehen ggf. Kooperationen?

5. Hätten Sie Interesse, an einer Veranstaltung zum kommunalen entwicklungspolitischen Engagement in RLP teilzunehmen? Welche Themen würden Sie erwarten/sinnvoll finden?

7.3 Liste der Millenniumkommunen in Rheinland-Pfalz

1. Landkreis Rhein-Hunsrück Kreis
2. Landkreis Mainz Bingen
3. Landkreis Vulkaneifel
4. Stadt Mainz
5. Stadt Trier
6. Stadt Speyer
7. Stadt Lahnstein
8. Stadt Boppard
9. Stadt Ludwigshafen
10. Stadt Gau-Algesheim
11. Gemeinde Rumbach
12. Gemeinde Morbach
13. Verbandsgemeinde Bodenheim
14. Ortsgemeinde Bodenheim
15. Ortsgemeinde Harxheim
16. Ortsgemeinde Gau Bischofsheim
17. Ortsgemeinde Nackenheim
18. Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim
19. Stadt Oppenheim
20. Gemeinde Holzheim
21. Ortsgemeinde Jockgrim
22. Gemeinde Haßloch
23. Stadt Adenau
24. Verbandsgemeinde Adenau
25. Ortsgemeinde Barweiler
26. Ortsgemeinde Antweiler
27. Ortsgemeinde Bauler
28. Ortsgemeinde Dankerath
29. Ortsgemeinde Dorsel
30. Ortsgemeinde Dümpelfeld
31. Ortsgemeinde Eichenbach
32. Ortsgemeinde Fuchshofen
33. Ortsgemeinde Harscheid
34. Ortsgemeinde Herschbroich
35. Ortsgemeinde Hoffeld
36. Ortsgemeinde Honerath
37. Ortsgemeinde Hümmel
38. Ortsgemeinde Insul

39. Ortsgemeinde Kaltenborn
40. Ortsgemeinde Kottenborn
41. Ortsgemeinde Leimbach
42. Ortsgemeinde Meuspath
43. Ortsgemeinde Müsch
44. Ortsgemeinde Wirft
45. Ortsgemeinde Nürburg
46. Ortsgemeinde Ohlenhard
47. Ortsgemeinde Pomster
48. Ortsgemeinde Quiddelbach
49. Ortsgemeinde Reifferscheid
50. Ortsgemeinde Rodder
51. Ortsgemeinde Schuld
52. Ortsgemeinde Senscheid
53. Ortsgemeinde Sierscheid
54. Ortsgemeinde Trierscheid
55. Ortsgemeinde Wershofen
56. Ortsgemeinde Wiesemscheid
57. Ortsgemeinde Wimbach
58. Ortsgemeinde Winnerath
59. Stadt Altenkirchen
60. Verbandsgemeinde Altenkirchen
61. Stadt Polch
62. Verbandsgemeinde Maifeld

Pfarrgemeinschaften

1. Kath. Pfarrgemeinschaft Adenau
2. Kath. Pfarrgemeinschaft Barweiler
3. Kath. Pfarrgemeinschaft Schuld
4. Kath. Pfarrgemeinschaft Müllenbach